

ASTA ZEITUNG

U N I F R A N K F U R T - W I N T E R 2 0 2 0



asta 

**Verfasste
Studierendenschaft**



Hrsg.	ASTA der Universität Frankfurt am Main
V. i. S. d. P.	ASTA-Vorstand: Melissa Dutz Kyra Beninga Nils Zumkley David Höhnerbach Sebastian Heidrich Mathias Ochs
Anschrift	Mertonstr. 26 – 28, 60325 Frankfurt a. M.
Web	www.asta-frankfurt.de
Mail	info@asta-frankfurt.de
Redaktion	ASTA-Zeitungsreferat: Malte Tübbecke Finn Gölitzer Alexander Toumanides
eMail	zeitung@asta-frankfurt.de
Gestaltung	gegenfeuer.net
Druck	Bechtle Verlag & Druck
Auflage	46 839
Jahrgang	2020

Die Inhalte der Artikel spiegeln nicht
zwangsläufig die Meinung der Mitglieder
des ASTA oder der Redaktion wieder.
Die Rechte der Artikel liegen bei den
Autor*innen.

Eigentumsvorbehalt	Liegen bei niemanden. Geben Sie diese Zeitung jeder x-beliebigen Person für x Äquivalente weiter.
--------------------	---------------------------------------------------------------------------------------------------------

Editorial

Die letzte diesjährige Ausgabe der AStA Zeitung widmet sich dem Thema »Verfasste Studierendenschaft«. Im Grunde betrifft das Thema alle, die unsere Zeitung gerade in den Händen halten. Die Verfassten Studierendenschaften vertreten die Interessen aller Studierenden einer Universität gegenüber der Hochschule, der Hochschulleitung und der Öffentlichkeit. Als offizielles politisches Organ der Studierenden stehen die Ausrichtung und die Mandatsfunktion der Verfassten Studierendenschaft im Zentrum unzähliger Debatten. In der letzten Zeit haben sich diese Diskussionen wieder verschärft: Dabei dreht es sich letztendlich immer um die Frage, was eigentlich Sinn und Zweck der Studierendenvertretungen sein sollte, und welchen Aufgaben sie sich widmen muss. Insbesondere liberale und reaktionäre Kräfte versuchen seit jeher die politischen Handlungsspielräume der Studierendenschaft einzuschränken, indem sie auf das hochschulpolitische Mandat¹ derselbigen pochen. Die Vertretung der Studierenden solle sich bloß nicht mit den großen, drängenden gesellschaftlichen Fragen beschäftigen, am liebsten wäre es, ihre Politik würde gänzlich zwischen Mensapreisen und Sitzplatzmöglichkeiten aufgehen. Diese Haltung findet sich auch in aktuellen Auseinandersetzungen: Erst im August dieses Jahres stellte die FDP eine Anfrage im Landtag, in der sie die Rechtmäßigkeit eines Artikels in der AStA Zeitung, den sie wohl zu politisch empfand, infrage stellte.² Jedoch wird die politische Haltung nicht am Unieingang abgelegt, sondern sollte sogar aktiv eingebracht werden. Schließlich braucht es eine Studierendenschaft, welche die Verhältnisse kritisch reflektiert und dabei über die symbolischen Mauern des Universitätscampus hinausblickt. Auf die Frage: was darf die AStA Zeitung? Alles.

Eure Redaktion

- 1 Das Hochschulpolitische Mandat beschränkt das Mandat der Studierendenschaft auf hochschulpolitische Belange und Themen. Was genau unter dieses Mandat fällt, ist allerdings umstritten.
- 2 Dabei ging es um den Artikel »Stop-Talking« in unserer Ausgabe »Populismus, Diskurs(e) & Meinungsfreiheit«. Einen Kommentar dazu unsererseits findet ihr in der letzten Ausgabe »Corona & Ausnahmezustand«. Die Anfrage der FDP-Landtagsfraktion findet ihr hier: <http://starweb.hessen.de/cache/DRS/20/8/03318.pdf>

Wir
wünschen viel
Spaß
beim Lesen!



Von Sturmhauben und Maulkörben

Ø5



Die Corona-Leugner*innen und die »zweite Welle«

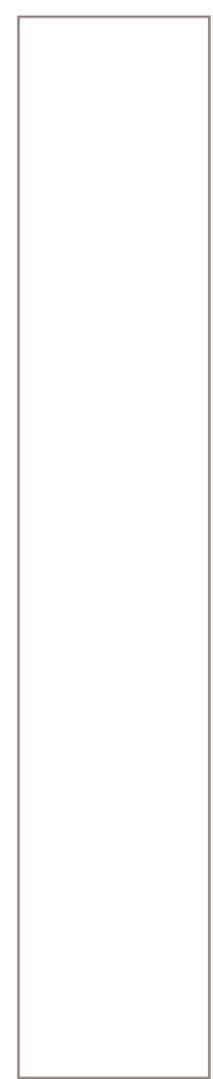
21

Vom Elend im Studentenmilieu

11

Klassismus und die Linke

13





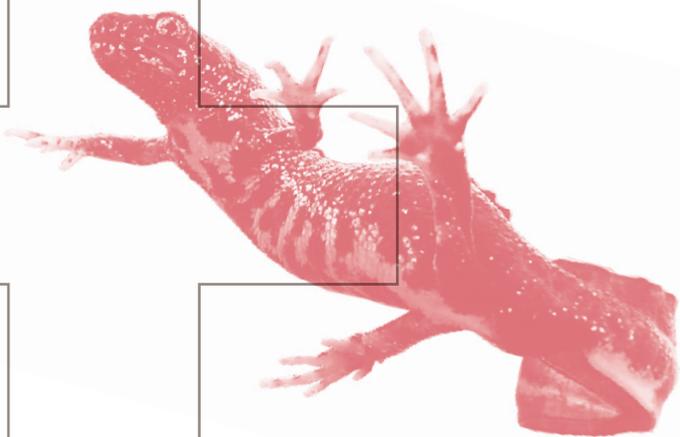
Kunst und Revolte

07



Mit der Bahn in die Heimat

19



05 **Von Sturmhauben und Maulkörben**
Gruppe kritischer Studierender

07 **Der Geist der Demokratie:
Vom Studentenhaus zum
Offenen Haus der Kulturen**
Tim Schuster

11 **Vom Elend im Studentenmilieu**
Situationistische Internationale

13 **Klassismus und die Linke**
Florian Meier

17 **MLP & Co. – Freiheit in Forschung
und Lehre statt 'Freiheit von
staatlicher Detailsteuerung'**
AStA

19 **Mit der Bahn in die Heimat!**
Lukas Diezenbach

21 **Die Corona-Leugner*innen
und die »zweite Welle«**
Initiative Aufklärung statt Verschwörung

23 **Was ist der AStA?**
AStA

27 **Orte und Adressen**
Karte

29 **Call for Papers**
»Wem gehört die Stadt?«

Von Sturmhauben und Maulkörben:

Wie politisch darf eine Studierendenvertretung sein?

Vor etwa 100 Jahren, im Jahr 1919, wurde mit der Deutschen Studentenschaft erstmals die Studierendenvertretung institutionalisiert. Die Frage, wie politisch eine Studierendenvertretung sein darf, prägt die Geschichte der deutschen Hochschulpolitik – allerdings gilt »allgemein«-politisches Engagement erst als anrühlich, seit sich viele ASten politisch links positionieren. Ein Rückblick.

Der erste deutsche „Studentenausschuss“ existierte bereits zwischen 1821 und 1825 in Tübingen, war allerdings nur von kurzer Dauer. Die Zeit vor dem Ersten Weltkrieg ist stattdessen von unterschiedlichen studentischen Verbänden geprägt, die um Deutungshoheit und Hegemonie ringen und sämtlich für sich beanspruchen, für die Studentenschaft als solche zu sprechen: Etwa Burschenschaften und ihre Verbände oder der Verein Deutscher Studenten – in jedem Fall waren es explizit politische, und zwar nationalistische Verbände, die Bismarck-Ehrungen ausrichteten und studentische Belange zu vertreten behaupteten. Erst in den 1890er Jahren bildeten sich mit den „Freistudentenschaften“ nicht-korporierte Gegenentwürfe, die schließlich die Bildung von ASten durchsetzen konnten – der Name „Allgemeiner Studentenausschuss“ sollte anzeigen, dass es sich um eine gemeinsame Vertretung von Korporierten und Nicht-Korporierten handelte.

Dennoch waren auch in der 1919 gegründeten Deutschen Studentenschaft (DSt) die Korporationen tonangebend. Zwar wurden, insbesondere in den Jahren nach dem Ersten Weltkrieg, eine Vielzahl sozialer Initiativen entwickelt – darunter die Gründung des bis heute existierenden Deutschen Studenten[sic!]werks oder der Studienstiftung des deutschen Volkes –, die Deutsche Studentenschaft war jedoch nach wie vor nationalpolitisch geprägt.

Rechte Verbindungskräfte besetzten lokal die wichtigsten Gremien, antirepublikanische und rassistische Positionen gehörten zum Standardrepertoire der DSt-Funktionäre. Auch völkische Ideologie wurde in der DSt bereits Mitte der 1920er Jahre selbstverständlich vertreten.

Zwischen 1929 und 1931 gelang es dem NS-Studentenbund (NSDStB), die Deutsche Studentenschaft zu übernehmen. Ebenso wie die Korporationsverbände der Studentenverbindungen vollzog sie in der Folge eine faktische Selbstgleichschaltung zu den NSDAP-Parteistrukturen, schwor sich auf Führerprinzip und Rassenkampf ein – und organisierte im Mai 1933 im Rahmen ihrer Kampagne „Wider den undeutschen Geist“ bundesweit Bücherverbrennungen. Auch in Frankfurt waren es vor allem Studierende, die die Zusammentragung der Bücher und ihre Verbrennung auf dem Römerberg organisierten. Diese kulturpolitische Säuberungskampagne wurde von studentischer Seite also unterstützt und sollte öffentlich ein Exempel zur Zerschlagung jeglicher Opposition statuieren.

Ab Ende der 1930er Jahre waren Deutsche Studentenschaft und NSDStB weitgehend deckungsgleich. Entsprechend wurde auch die DSt 1945 als NS-Organisation verboten. 1949 wurde in Marburg der „Verband Deutscher Studentenschaften“ (VDS) als Nachfolgeorganisation gegründet.

Dennoch blieben die ASten noch in den 1950er und 1960er Jahren Instrumente rechter Gruppen, die sich durchaus offensiv politisch bestätigten und deutschnationale Interessen artikulierten. Als beispielsweise der DDR-Volkammerpräsident Johannes Dieckmann 1961 in Marburg einen Vortrag auf Einladung des „Liberalen Deutschen Studentenbundes“ halten sollte, welcher eine Annäherungspolitik im Kalten Krieg anstrebte, organisierte der rechte Marburger AStA kurzerhand Proteste. Das Kurhaus Marburg-Marbach, in dem der Vortrag stattfand, wurde dabei mit Steinen und Wurfgeschossen angegriffen – was von der Springer-Presse im Nachhinein zur „nationalen Heldentat“



erklärt wurde. Fackelzüge zum 17. Juni, Demonstrationen für die Wiedervereinigung und ähnliche Veranstaltungen gehörten zum Standardrepertoire der von Korporationen, RCDS und anderen rechten Kräften dominierten ASten.

Ganz anders einige Jahre später: Am 2. Juni 1967 wird der Student Benno Ohnesorg, Teilnehmer einer Demonstration gegen den Shah-Besuch in Berlin, vom Polizisten Karl-Heinz Kurras erschossen. Als ASten der Mutter des Erschossenen Beileidstelegramme schickten, wurden sie wegen Kompetenzüberschreitung verurteilt. Aufrufe zum Protest gegen den Einmarsch der Sowjetunion in die Tschechoslowakei, das Ende des Prager Frühlings, führten zur Anzeige von AStA-Vorsitzenden.

Linke Gruppen hatten in der Zwischenzeit die Mehrheit in vielen ASten und auch im VDS gewonnen. Plötzlich schien politische Interessenartikulation nun nicht mehr zu den Aufgaben der Studierendenvertretungen zu gehören. Juristische Repression und diverse Gesetzesverschärfungen, die den Aufgaben der Studierendenschaft enge Grenzen setzten, waren die Folge. Daneben wurden jedoch auch der Versuch unternommen, rechte Gruppen an den Hochschulen erneut zu stärken: So päppelte man studentische Gruppen mit Steuermitteln und Industriespenden hoch, die die Radikalenbekämpfung und Staatskonformität der Studierendenvertretungen beschleunigen sollten. Selbst Geldmittel aus dem Verfassungsschutzetat sollen in dieser Zeit in die Kassen von RCDS, SLH¹, LHV² und Juso-Hochschulgruppen geflossen sein, während diese gleichzeitig von Medien und Bildungsbürokratie anstelle der ASten als studentische Gesprächspartner*innen hofiert wurden. An der langen Leine der staatstragenden Parteien wurden sie so zur Zersetzung von als zu „radikal“ wahrgenommenen linken Tendenzen und zur Pazifizierung des studentischen Widerstandspotentials instrumentalisiert. Viele dieser Gruppen übernahmen ASten und ergatterten auch einen Platz im Vorstand des studentischen Bundesverbands VDS³.

Die Strategie ging auf: Das Zusammenspiel zwischen staatlicher Repression und Entdemokratisierung trieb die studentische Selbstverwaltung Ende der 1970er Jahre weitgehend in den Ruin. Der Kampf gegen die Durchsetzung des Hochschulrahmengesetzes in den Jahren 1976 und 1977 hatte erneut spontanes Widerstandspotential der Studierenden entfacht. Staatsverdrossenheit und Verlust von Vertrauen in traditionell vorgegebene Institutionsformen waren die Folge. In einer historischen Situation, in der steigende Arbeitslosigkeit als Folge ökonomischer Rationalisierung, verschärfte Repression gegen Linke angesichts des „Deutschen Herbstes“, entstand bei vielen Studierenden das Gefühl, nur eine völlige Abwendung von der bestehenden Parteienpolitik der herrschenden Verhältnisse könne

»Die Kriminalisierung legitimer Politik durch Raumverbote, Ordnungsgelder und Demonstrationsverbote ist kein Relikt der Vergangenheit, sondern leider noch immer gängige Praxis.«

einen Ausweg bieten. Es kam zum Aufblühen der Basisgruppen, die auf basisdemokratische Organisierung statt auf institutionalisierte Politik setzten. Die ASten oder gar der VDS wurden nun für die konkrete politische Arbeit unwichtiger, wurden eher zu Mitteln zum Zweck, die Finanzierungsmöglichkeiten, Öffentlichkeit und Ressourcen versprachen. In Baden-Württemberg zeigte der Staat schon 1977 erneut seine repressive Seite, als die Verfasste Studentenschaft kurzerhand aufgelöst wurde – erst 2012, nach dem Sturz der CDU-Regierung, wurde diese wieder eingeführt.

Die langjährige juristische Diskussion um das Ausmaß politischer Interessenartikulation durch Studierendenvertretungen war bereits 1979 durch das Bundesverwaltungsgericht beendet worden. Darin entschied das Gericht, dass den Studierendenvertretungen kein „allgemeinpolitisches Mandat“ zustehe. Die rechtliche Kategorie eines „allgemeinpolitischen Mandats“, das den Verfassten Studierendenschaften im Gegensatz zu einem „politischen Mandat“ nicht zustehe, war in der Rechtsprechung bereits in den 1960er Jahren erfunden worden, als es darum ging, missliebige (linke) politische Aktivitäten von ASten sanktionieren zu können. Ende der 1970er Jahren erreichte die Repression gegen linke Studierendenvertreter*innen ihren Höhepunkt: War die Verhängung von Ordnungsgeldern durch Hochschulleitungen seit 1968 üblich geworden und in Einzelfällen sogar die Suspendierung der gesamten Studierendenvertretung durchgesetzt worden (etwa 1974 den AStA Marburg), so folgte ab 1978 die persönliche strafrechtliche Verfolgung von Studierendenvertreter*innen.

Die Disziplinierung der Verfassten Studierendenschaften geht bis heute weiter,

auch wenn die repressiven Maßnahmen insgesamt seit den 1980ern zurückgegangen sind. Die Kriminalisierung legitimer Politik durch Raumverbote, Ordnungsgelder und Demonstrationsverbote ist kein Relikt der Vergangenheit, sondern leider noch immer gängige Praxis. Als jüngstes Beispiel mag hier die Auseinandersetzung um einen Artikel aus der AStA-Zeitung vom Frühjahr mit dem Titel „Stop Talking“ dienen. Die Universitätsleitung wittert hier, angetrieben von einer FDP-Anfrage aus dem hessischen Landtag, eine Überschreitung des hochschulpolitischen Mandats – und möglicherweise gar Verfassungsfeindlichkeit. Dem AStA Potsdam wurde in der Vergangenheit verboten, eine BAföG-Erhöhung zu fordern, die durch Verringerung des Rüstungsetats erzielt werden sollte. Letzteres sei eine Überschreitung des hochschulpolitischen Mandats.

Diese Beispiele zeigen: Hochschulpolitik ist Allgemeinpolitik ist Hochschulpolitik. Die Trennung der beiden Sphären wurde erdacht, um linke Politik zu disziplinieren und zu kriminalisieren. Die Forderung nach einem allgemeinpolitischen Mandat, das von den Studierenden erkämpft werden muss, ist so aktuell wie eh und je.

Für eine entfesselte Studierendenschaft!

Gruppe kritischer Studierender

- 1 Sozialliberaler Hochschulverband. Vorgänger des »Bundesverbands Liberaler Hochschulgruppen« (1987 gegründet).
- 2 Liberaler Hochschulverband. Hochschulverband des FDP-Jugendverbands »Jungdemokraten«, trennte sich gemeinsam mit diesem 1982 nach dem Bruch der sozialliberalen Bundesregierung von der FDP und nannte sich ab 1988 »Radikaldemokratische Studentengruppen – Jungdemokraten an der Hochschule«.
- 3 Verband Deutscher Studentenschaften, ab 1975: Vereinigte Deutsche Studentenschaften. Dachverband der deutschen Studierendenvertretungen, 1990 im Streit auseinandergebrochen, aber faktisch nie aufgelöst. Nachfolgeorganisation ist seit 1993 der freie Zusammenschluss von student*innenschaften, in dem auch der AStA der Goethe-Universität Mitglied ist.



Der Geist der Demokratie

Der vorliegende (und leicht abgeänderte) Text erschien ursprünglich in dem Sammelband «Kunst der Revolte // Revolte der Kunst» (2019), welcher im Kontext der gleichnamigen Ausstellung (2018) unterschiedliche Beiträge versammelt. Die Ausstellung, welche im Studierendenhaus Bockenheimer stattfand, beschäftigte sich anlässlich des 50-jährigen Jubiläums der 68er-Bewegung, mit dem Verhältnis von Kunst und Revolte, sowie der damaligen Student*innenbewegung in Frankfurt. Unabhängig von der Ausstellungsthematik wollen wir euch den Text nicht vorenthalten, da er unterschiedliche Dimensionen und historische Momente des Studierendenhaus auf dem Campus Bockenheimer, war und ist immer wieder ein wichtiger Ort für die verfasste Studierendenschaft, kritische Student*innen, sowie politischen Bewegungen im Allgemeinen.



Der Geist der Demokratie Vom Studentenhaus zum Offenen Haus der Kulturen

Seit 66 Jahren steht das Studierendenhaus nun auf dem alten Universitätscampus in Bockenheimer. Was die sich über einen solch langen Zeitraum einschleichende Gewohnheit und das jeweilige Tagesgeschehen leicht vergessen lassen: das Studierendenhaus ist ein sehr unwahrscheinlicher Ort. Es ist Symbol für die Redemokratisierung nach dem Krieg und die Rückkehr der Frankfurter Schule aus dem Exil. Es ist über die wechselvollen Zeiten hinweg ein Hort der kritischen Auseinandersetzung mit dem Bestehenden und der utopischen Praxis einer anderen Gesellschaft. Als solches hat es die Frankfurter Geschichte geprägt wie wenige andere Gebäude.

Die Errichtung des Studentenhauses war unmittelbar mit der Erfahrung von Diktatur und Krieg verbunden. Und sie ist im Rückblick nicht nur ein Meilenstein in der Redemokratisierung der Hochschule, sondern sie steht symbolisch für die Rückkehr der Frankfurter Schule aus dem Exil und die damit verbundenen emanzipatorischen Bestrebungen. Denn auch wenn Max Horkheimer nicht, wie es manchmal irrtümlich kolportiert wird, der Initiator des Projektes war, so fällt die Eröffnung des Hauses 1953 doch nicht zufällig in die Zeit seines zweijährigen Rektorats an der Frankfurter Universität.

Die exilierten Wissenschaftler des Instituts für Sozialforschung um Horkheimer und Adorno hatten zuvor lange gezögert nach Deutschland zurückzukommen – in das Land, aus dem sie, weil sie Juden und weil sie Marxisten waren, vertrieben worden waren, und das in der unmittelbaren Nachkriegszeit von eher schlecht als recht getarnten Nazis gewimmelt haben

muss. Wenn sie doch zurückgekommen sind, dann mit dem klaren Willen und der vagen Hoffnung, dieses Land auf lange Sicht zu verändern. So schreibt Horkheimer 1947 an John Slawson, den geschäftsführenden Vizepräsidenten des American Jewish Committee: „Nur wenn eine echte Möglichkeit besteht, wenigstens einen Teil der neuen Generation, die künftig die Politik und Kultur des Landes prägen wird, für jene Werte zu gewinnen, die von Nazi-Deutschland weltweit vernichtet werden sollten, haben verantwortliche akademische Lehrer in Deutschland eine Aufgabe.“¹ Dass sie diese Möglichkeit alleine durch das Ende der Naziherrschaft nicht als bereits gegeben ansahen, zeigt der Briefwechsel von Horkheimer und Adorno aus dieser Zeit.² Beide waren sich durchaus bewusst, dass die formale Existenz eines demokratischen Staates noch lange keine Demokratie ausmachte, sondern dass Demokratie nur in einer sich immer wieder neu vollziehenden aktiven Praxis bestehen könne.

Doch eine solche demokratisierende Praxis brauchte, das war für die im historischen Materialismus geschulten Denker klar, zuallererst materielle Grundlagen. Und das Studentenhaus sollte eine solche neu zu schaffende Grundlage sein. In seiner Eröffnungsrede vom 21. Februar 1953 widmet Horkheimer den Neubau „der Erziehung einer akademischen Jugend, die sich nicht bloß wissenschaftliche Verfahrensweisen aneignet, sondern die zugleich den Umgang mit Menschen anderer Nationen, Religionen und Rassen (sic!), freiwillige Hingabe an soziale, künstlerische, sportliche Tätigkeiten, Liebe zum Denken und Forschen, zum Diskutieren, zur kreativen Muse, kurz die den Geist der realen und tätigen Demokratie praktiziert“.³ Dieser an Solidarität, unabhängiges Denken

Vom Studentenhaus zum Offenen Haus der Kulturen



und das Bedürfnis nach Freiheit gekoppelte demokratische Geist bedürfe „der Übung und der Gelegenheit, des Beispiels und des Umgangs.“

Dies waren, trotz der zeittypisch etwas blumigen Sprache, nicht einfach nur nette Worte aus gegebenem Anlass, zu dem neben dem Bundespräsidenten Theodor Heuss auch der – zu diesem Zeitpunkt ungleich einflussreichere – amerikanische Hochkommissar John J. McCloy erschienen war, sondern ein durchaus ernst gemeintes Signal. Denn das Haus sollte keinesfalls, wie es die meisten Hochschulrektoren heute vermutlich betrachten würden, eine studentische Nische am Rande des eigentlichen Hochschulbetriebs werden. Im Gegenteil: „Wie unendlich klein auch das Ausmaß dieses Hauses im Hinblick auf so hochgesteckte Ziele erscheint, die Wirkung dieser Zelle wird sich aufs Ganze der Universität und weiterhin erstrecken, es wird ihr Zentrum werden.“

Dieser hohe Anspruch scheint sich in den folgenden Jahrzehnten in mancherlei Hinsicht eingelöst zu haben. Wie sehr

einzelne Organe, Initiativen und Projekte aus diesem Haus heraus gewirkt haben, nicht nur in die Universität, sondern auch in die Stadt Frankfurt und die ganze Bundesrepublik hinein, davon erzählt die Ausstellung *Kunst der Revolte // Revolte der Kunst* ebenso wie der vorliegende Katalog. Einige kurze Schlaglichter: Da gab es seit den 50er Jahren den *diskus*, eine der fortschrittlichsten Zeitschriften der jungen Bundesrepublik, die deutlich über das studentische Milieu hinaus wirkte. Es gab die *neue bühne*, die weit mehr war als studentisches Laientheater, sondern als Avantgarde-Theater die Rolle einer damals noch nicht existierenden, experimentierfreudigen Freien Szene neben den Stadttheatern einnahm, aus der die wichtigsten neuen Impulse der Zeit kamen. Da gab es schon Anfang der 60er Jahre die Auseinandersetzung mit der deutschen Schuld und früher als anderswo die Kritik am Krieg in Vietnam. Und natürlich gab es die Studentenbewegung von 1968, nicht zuletzt mit dem Tomatenwurf im Festsaal des Studierendenhauses, der für den Beginn der zwei-

ten Frauenbewegung in Deutschland steht. In den 70er und 80er-Jahren trafen sich hier u. a. die Hausbesetzerzene, die Friedensbewegung und die Umweltbewegung, Anfang der 2000er-Jahre war das Studierendenhaus die bundesweite Schnittstelle der erfolgreichen Protestbewegung gegen die Studiengebühren, und beinahe selbstverständlich war es Anfang der 10er Jahre auch das strategische Zentrum der Blockupy-Proteste. In den letzten Jahren schließlich fanden hier u. a. die Auseinandersetzung um ein Recht auf Stadt und für einen menschenwürdigen Umgang mit Geflüchteten ihren Raum. Und diese Liste liesse sich fortsetzen.

Freiraum für Experimente

Dass sich das Studierendenhaus über mehrere Generationen als derart produktiver Ort erwies, hat mehrere Gründe. Dazu gehört zunächst einmal die großzügige, ein wenig an ein Kloster erinnernde Architektur: Auf seinen breiten, um einen Innenhof gruppierten Fluren schienen Diskussion und Debatte offensichtlich

»Als Offenes Haus der Kulturen wird es ein Ort bleiben, an dem soziale, politische Akteure und KünstlerInnen verschiedener Disziplinen, sowie Menschen unterschiedlicher Herkunft und Milieus in Austausch treten.«

bereits konzipiert zu sein. Und die Vielzahl an Räumen mit ganz unterschiedlichen Größen und Qualitäten, vom imposanten lichtdurchfluteten Festsaal über die Mensa, das spätere Café KoZ, bis zu den vielen variabel nutzbaren Clubräumen liessen die vielfältigsten Nutzungen zu, ohne sie bereits vorzuschreiben. Dazu kam die logistische, technische und finanzielle Ausstattung rund um den AStA, der zeitweise so etwas wie eine Art Mini-Konzern war, mit seinen über eigenen Etat verfügenden Referaten, einer Zeitschrift, einer eigenen Druckwerkstatt und einer hervorragenden Kino-Projektionstechnik, zu denen sich in Hochzeiten noch eine Autovermietung, ein Reisebüro, eine Arbeitsvermittlungsgesellschaft und manches mehr gesellten.

Um die materielle Basis, von der über die Jahrzehnte auch viele nicht im engen Sinne studentische Initiativen und Projekte profitierten, war es also nicht schlecht bestellt. Entscheidend bei alledem war jedoch etwas, das Karl-Heinz Braun, der hier mit der *neuen Bühne* agierte, noch im Rückblick spürbar begeistert beschreibt: „Wir konnten frei arbeiten hier, konnten frei experimentieren und hatten keinerlei Restriktionen. Ohne dieses Haus hätte das nicht stattgefunden.“⁴ Dies klingt nicht nur wie ein spätes Echo auf Horkheimers Eröffnungsrede, sondern beschreibt offensichtlich auch die biographisch prägende Erfahrung eines Mannes, der später nicht zufällig zu den Begründern des selbstorganisierten Verlags der Autoren und der Mitbestimmung am legendären Theater am Turm und am Schauspiel Frankfurt wurde. Aus dieser Freiheit von Vorgaben und Hierarchien, die sich in vielfältigsten Strukturen der Selbstorganisation niederschlug, erwuchs ein unwahrscheinlich dichter sozialer Raum mit einer kaum überschaubaren Fülle an unterschiedlichen Praktiken, Anlässen und Aktivitäten.

Ein Studienort für die Stadt von morgen

67 Jahre nach seiner Eröffnung neigt sich die universitäre Nutzung des Studierendenhauses heute endgültig ihrem Ende

entgegen. Doch das Haus selber ist noch lange nicht gewillt, in Rente zu gehen. Nachdem es vor einigen Jahren durch den Einsatz engagierter Bürger*innen seinem bereits geplanten Abriss entgangen ist, geht es derzeit seinem zweiten Leben entgegen, tritt also quasi in seine Zeit nach dem Studium ein. Darin könnte es zum Studienort für die ganze Stadtgesellschaft werden. Nach dem für 2021 vorgesehenen Freizug des Campus Bockenheim soll auf dessen Gelände der „Kulturcampus“ entstehen, ein „Zentrum der Künste“ mit der Hochschule für Musik und Darstellende Kunst und mehreren Institutionen der Avantgarde-Kunst wie dem Ensemble Modern und der Hessischen Theaterakademie. In dessen Zentrum wird auch weiterhin das Studierendenhaus stehen – dann jedoch als Offenes Haus der Kulturen.

Dieses soll in vielerlei Hinsicht an die Tradition des Studentenhauses anknüpfen, sich dabei aber auch neu erfinden. Wenn man die Demokratie im Sinne Horkheimers und Adornos als eine niemals abgeschlossene Praxis versteht, dann könnte es die materielle Grundlage sein, um deren Geist in Auseinandersetzung mit den aktuellen gesellschaftlichen Herausforderungen zu leben. Bereits heute zeigen sich konkrete Tendenzen seines zukünftigen Profils: So hat zum Beispiel die Einrichtung einer Notunterkunft für Geflüchtete auf dem brachliegenden Campus ab 2016 dazu geführt, dass sich in und um das Studierendenhaus ein breites Netz von Unterstützer*innen bildete, das Alt- und Neufrankfurter zusammenbringt. Seitdem ist das Haus ein Ort des Ankommens für Menschen geworden, die aus Krieg und Verfolgung fliehen mussten. Eine Heimat für Menschen verschiedener Herkunft – wenn man unter Heimat einen Ort versteht, der sich aktiv gestalten lässt.

Mit der aktuellen Entwicklung knüpft das Haus also in gewisser Weise an seine Ursprünge als Ort der demokratischen Praxis und des Neuanfangs an. Als Offenes Haus der Kulturen wird es ein Ort bleiben, an dem soziale, politische Akteure und KünstlerInnen verschiedener Diszip-

linen, sowie Menschen unterschiedlicher Herkunft und Milieus in Austausch treten. Es bleibt ein Raum streitbaren gesellschaftlichen Denkens und Handelns, in dem stets neuverhandelt wird, was politischer und künstlerischer Ausdruck einer sich stark wandelnden (Stadt-) Gesellschaft, auf einem sich rasch verändernden Planeten ist. Haben wir Vertrauen in die Kraft eines selbstbestimmten Miteinanders auf Augenhöhe, kann das Haus als Labor einer demokratischen Gesellschaft neue Wege aufzeigen und wird sicherlich auch weiterhin ein wichtiger Schauplatz für Kunst und Revolte sein.

Von Tim Schuster

Buch:

Michaela Filla-Raquin,
Andrea Caroline Kepller (HG.):
„Kunst der Revolte // Revolte der Kunst“,
VG-Bildkunst: Bonn.
ISBN: 978-3-945365-27-4

Offenes Haus der Kulturen im Studierendenhaus

<https://www.offeneshausderkulturen.de>
Instagram: @offeneshausderkulturen
Facebook: @offeneshausderkulturen
Mail: info@ohdk.de

- 1 Vgl. Wiggershaus, Rolf: Max Horkheimer. Begründer der »Frankfurter Schule«. Frankfurt am Main 2014.
- 2 Theodor W. Adorno/Max Horkheimer. Briefwechsel 1927-1969. Band III: 1945-1949 und Band IV: 1950-1969, hrsg. v. Christoph Gödde u. Henri Lonitz. Vgl. Demirovic, Alex: Das Glück der Wahrheit. Die Rückkehr der »Frankfurter Schule«.
- 3 Max Horkheimer, abgedruckt in: Einweihung des Studentenhauses. Ansprachen gehalten am 21. Febr. 1953 beim Akad. Festakt., Frankfurt 1953.
- 4 Karl-Heinz Braun im Gespräch zur Performance »Horkheimers Geist«, einem Audiowalk im Studierendenhaus der Gruppe profikollektion, 2017.

AUTOVERMIETUNG AN DER UNI FRANKFURT

Das KFZ-Referat (»Kraftfahrzeug-Referat«) existiert seit 1960 an der Universität Frankfurt. Es wurde vom Allgemeinen Studentenausschuss (AStA) gegründet, um den Studierenden preiswerte Umzugs-transporter zur Verfügung zu stellen.

Im Jahr 2003 wurde das KFZ-Referat privatisiert und vermietet seine Transporter heute auch an Nichtstudenten. Mit dem AStA der Johann Wolfgang Goethe Universität besteht ein umfangreiches Kooperationsabkommen. Die Fahrzeuge – Mercedes Sprinter und Ford Transit – sind Transporter für Umzüge, Kleintransporte und Einkaufsfahrten.

Besonders günstig sind Anmietungen im Vier-Stunden- oder Nachttarif an Werktagen.

Bei Anmietungen am Wochenende empfehlen wir rechtzeitige Reservierung bzw. Buchung.

Studierende der Goethe-Uni erhalten gegen Vorlage des Studierendenausweises einen Studierendenrabatt von 20% auf den Mietpreis.

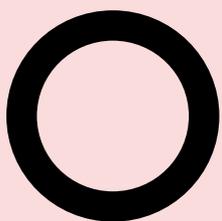
Unsere Fahrzeuge und Tarife finden Sie auch im Netz unter: www.kfz-referat.de

Frankfurt Bockenheimer Landstraße 133

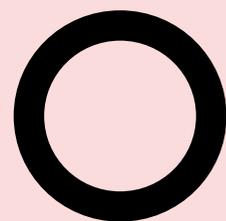
Mo – Fr 8.30 bis 18.00 Uhr; Tel: 069/705469



WWW.KFZ-REFERAT.DE



069/79823048





Über das Elend im Studentenmilieu

„Es ist hart, der studentischen Realität ins Gesicht zu sehen. Das studentische Elend steht noch unterhalb des Elends der Gesellschaft des Spektakels, unter dem neuen Elend des neuen Proletariats. In einer Zeit, wo ein wachsender Teil der Jugend sich immer mehr von den moralischen Vorurteilen und der familiären Autorität befreit, um so früh wie möglich in die offenen Ausbeutungsverhältnisse einzutreten, verharret der Student auf jeder Ebene in einer verantwortungslosen, gefügigen und ‚verlängerten Unmündigkeit‘. Während seine verspätete jugendliche Krise ihn etwas in Opposition zu seiner Familie bringt, akzeptiert er ohne weiteres, in den verschiedenen Institutionen, die sein alltägliches Leben regeln, wie ein Kind behandelt zu werden. Wo ihn keiner anscheißt, tritt man ihm in den Arsch.

Aber die Gründe für unsere Verachtung des Studenten sind ganz anderer Art. Sie betreffen nicht nur sein wirkliches Elend, sondern seine Gefälligkeit gegenüber jedem Elend, seine ungesunde Neigung, glücklich die Entfremdung zu konsumieren in der Hoffnung, angesichts allgemeinen Mangels an Interesse das Interesse auf seinen besonderen Mangel zu lenken. Der moderne Kapitalismus bewirkt ganz zwangsläufig, daß der größte Teil der Studenten ganz einfach zu kleinen Kadern wird. Angesichts des elenden, leicht vor auszusehenden Charakters dieser mehr oder weniger nahen Zukunft, die ihn für das schmachvolle Elend der Gegenwart ‚entschädigen‘ soll, zieht der Student es vor, sich seiner Gegenwart zuzuwenden und sie mit illusorischem Prestige auszuschnücken. Die Kompensierung selbst ist allzu kläglich, damit man sich mit ihr befaßt; der Morgen wird kein Paradies sein und zwangsläufig in der Mittelmäßigkeit schwimmen. Deshalb flieht der Student in eine unwirklich gelebte Gegenwart.

Wie ein stoischer Sklave glaubt der Student sich umso freier, je mehr alle Ketten der Autorität ihn fesseln. Genau wie seine neue Familie, die Universität, hält er sich für das gesellschaftliche Wesen mit der größten ‚Autonomie‘, während er doch gleichzeitig und unmittelbar von den

zwei mächtigsten Systemen der gesellschaftlichen Autorität abhängt: der Familie und dem Staat. Er ist ihr ordentliches und dankbares Kind.

Da für ihn noch etwas vom zerschlagenen Prestige der Universität abfällt, freut sich der Student immer noch, Student zu sein. Zu spät. Der mechanisierte und spezialisierte Unterricht, den er empfängt, ist ebenso heruntergekommen (im Verhältnis zum früheren Niveau bürgerlicher Allgemeinbildung) wie sein eigenes intellektuelles Niveau im Augenblick seines Studienantritts, und zwar allein aufgrund der Tatsache, daß das alles beherrschende ökonomische System die Massenherstellung ungebildete und zum Denken unfähiger Studenten verlangt. Der Student ignoriert, daß die Universität zu einer institutionalisierten Organisation des Unwissens geworden ist, daß selbst die ‚hohe Kultur‘ sich im Takt der Serienproduktion von Professoren auflöst und daß alle Professoren Kretins sind, von denen die meisten sich vor jedweder Gymnasialklasse blamieren würden. Er hört seine Lehrer auch weiterhin mit Respekt, mit dem bewußten Vorsatz, jeden kritischen Geist aufzugeben, um sich mit den anderen besser in der mystischen Illusion verbunden zu fühlen, ‚Student‘ geworden zu sein, jemand, der ernsthaft damit beschäftigt ist, sich ein ernsthaftes Wesen anzueignen, in der Hoffnung, man werde ihm auch die letzten Wahrheiten anvertrauen. Das sind die Wechseljahre des Geistes. Schon jetzt bringt der Student alle zum Lachen.

Dem Studenten wird nicht einmal bewußt, daß die Geschichte auch seine lächerliche ‚geschlossene‘ Welt verändert. Die berühmte ‚Universitätskrise‘, Detail einer allgemeinen Krise des modernen Kapitalismus, bleibt Gegenstand eines Dialogs tauber Fachidioten. In ihr kommen ganz einfach die Schwierigkeiten einer verspäteten Anpassung dieses besonderen Produktionssektors an die Umwandlung des gesamten Produktionsapparates zum Ausdruck. Die Überreste der alten Ideologie einer liberal-bürgerlichen Universität werden in dem Augenblick nichtsagend, wo ihre gesellschaftliche Basis verschwindet. Daher das Lächerliche an

diesen nostalgischen Professoren, die darüber verbittert sind, ihre alten Funktionen als Hofhunde der zukünftigen Herren gegen die viel weniger edle von Schäferhunden eingetauscht zu haben, die gemäß dem geplanten Bedarf des Wirtschaftssystems die ‚Weiße-Kragen‘-Herren zu ihren jeweiligen Fabriken und Büros leiten.

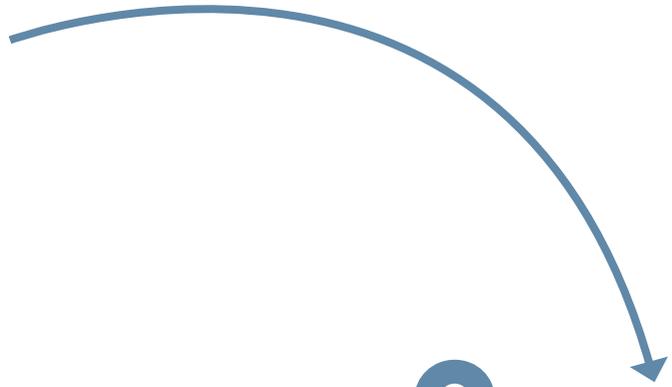
Ernstster und damit gefährlicher sind die Modernisten der Linken, die eine ‚Reintegrierung der Universität in das Gesellschafts- und Wirtschaftsleben‘ fordern, d.h. ihre Anpassung an die Bedürfnisse des modernen Kapitalismus. Die verschiedenen Fakultäten und Schulen, die noch mit anachronistischem Prestige dekoriert sind, werden von Verteilungsstätten der ‚Allgemeinbildung‘ zu Diensten der herrschenden Klassen in Fabriken der hastigen Aufzucht von unteren und mittleren Kadern umgewandelt. Weit davon entfernt, diesen geschichtlichen Prozeß infrage zu stellen, der einen der letzten relativ autonomen Sektoren des gesellschaftlichen Lebens den Forderungen des Warensystems direkt unterwirft, protestieren unsere Fortschrittsjünger gegen Verspätungen und Schwächen auf dem Weg zu seiner Verwirklichung. Sie sind die Befürworter der zukünftigen kybernetischen Universität, die sich schon hier und dort ankündigt. Das Warensystem und seine modernen Diener, das ist der Feind.“

Situationistische Internationale

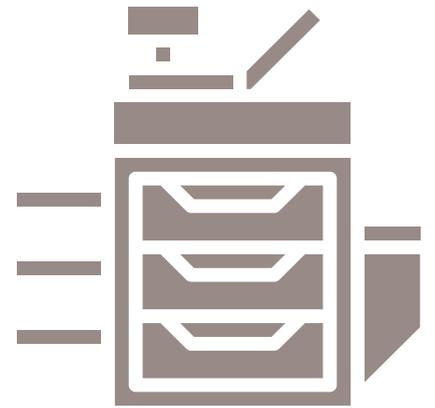
Quelle:
<http://rolux.net/asa/txt/elend.html>Über



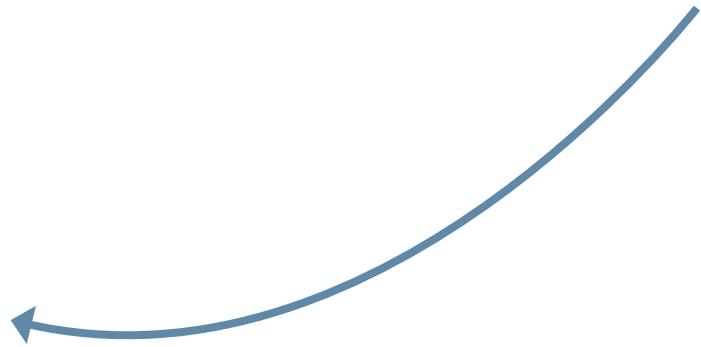
1.



2.



3.



Klassismus und die Linke

Der vorliegende Text wurde bereits in leicht veränderter Form im diskus veröffentlicht und beschäftigt sich mit den aktuell geführten Debatten über das Thema Klassismus. Insbesondere das Verhältnis von Klasse, Klassismus und der Linken wurde in der letzten Zeit vermehrt kontrovers diskutiert, zudem erscheint eine Vielzahl an Publikationen, wie z. B. der Sammelband »Solidarisch gegen Klassismus« von Francis Seeck und Brigitte Theißl, auf den sich oftmals berufen wird. Gleichzeitig nimmt die Thematik auch in praktischer Weise Fahrt auf: Innerhalb dieses Jahres wurden sechs neue Antiklassismus-Referate an deutschen Hochschulen gegründet. In diesem Zusammenhang fand am 28./29.11. die (Anti-)Klassismus Tagung des AStA-Frankfurt statt, auf die sich der vorliegende Artikel unter anderem bezieht.

Die Beziehung der politischen Linken zur Arbeiter*innenklasse und zum Klassenkampf ist seit langem ein schwieriges Thema. Neu ist jedoch, dass diejenigen, die sich für die Klassenkämpfer*innen der Stunde halten, die Selbstorganisation von Menschen, die in letzter Zeit vor allem unter dem Stichwort „Klassismus“ an deutschen Universitäten stattfindet, entweder völlig ignorieren oder sogar aktiv bekämpfen. Dies verweist auf ein größeres Problem innerhalb der Linken.

Das Standardargument gegen eine Beschäftigung mit dem Thema „Klassismus“, dass viele Betroffene immer wieder zu hören bekommen, ist dabei zweiteilig. Zum einen wird behauptet, dass Klassismus „nur“ als Diskriminierungsform verstanden werde und zum anderen wird in den Raum gestellt, dass mit der Fokussierung auf die subjektive Erfahrungsebene der eigentliche Klassenkampf verloren ginge. Was hier versucht wird, ist natürlich keine ernsthafte Auseinandersetzung mit der Thematik, verweisen doch Theoretiker*innen wie Tanja Abou oder Andreas Kemper stets darauf, dass Klassismus unmittelbar mit der Klassen- und Verteilungsstruktur der Gesellschaft verknüpft ist und eben aufgrund dieser entsteht. Und damit das langfristige Ziel antiklassistischer Arbeit die Abschaffung der Klassengesellschaft wäre. Vielmehr wird versucht das Thema Klassismus künstlich von den linken Debatten um die Klassengesellschaft abzulösen.

Für Menschen, die aus nicht-akademischen Verhältnissen kommen, ist die Universität kein „natürlicher“ Raum, in dem man sich gerne bewegt. Hinzu kommt, dass es sich auch mit den akademisierten linken Kontexten an den Universitäten oftmals ähnlich verhält. Wenn die Nicht-Akademiker*innen dann auch noch von Klassismus sprechen, platzt den „wahren“ Klassenkämpfer*innen oftmals der Kragen und sie sprechen aus, was sie eigentlich wirklich über die Selbstreflexion der Arbeiter*innenkinder und Klassismus-betroffenen denken. „Sich nicht so in seinem eigenen Leid suhlen“, hört man da mal schnell. Menschen, von denen man sich eigentlich Solidarität erwarten würde,

werten plötzlich gezielt ab. Unter anderem aufgrund solcher Erfahrungen von Betroffenen organisierte der Asta der Uni Frankfurt vom 28.11. bis 29.11. ein Wochenendseminar mit dem Titel „(Anti-)Klassismus und Klasse an der Hochschule“.

Abgesehen von dem mehrstündigen Austausch über Diskriminierungserfahrungen von Klassismus-betroffenen am Samstag, der von dem vor kurzem gegründeten „Autonomen Referat für antiklassistisches Empowerment“ an der Universität zu Köln angeleitet wurde, diskutierten die Teilnehmer*innen am Sonntag auch über die theoretischen Fragen des Klassenbegriffes mit Alex Demirović und Katharina Hoppe. In seiner ausführlichen historischen Rekonstruktion des modernen Klassenbegriffes und vielen Referenzen auf die Theorien von Rosa Luxemburg und Edward P. Thompson zeigte Alex Demirović auf, dass das „Machen“ der Arbeiter*innenklasse schon immer mit der Solidarisierung von Intellektuellen und Einzelpersonen aus der Oberschicht einherging und die Relationen zwischen den Klassen die entscheidende historisch-materialistische Kategorie sind, durch die die Klassengesellschaft verständlich wird. Eine der Fragen, die sich daraus ergibt und der sich wie kein anderer Bourdieu widmete, dessen soziologische Theorie Katharina Hoppe im Anschluss an Demirović vorstellte, ist dabei, welche Rolle diejenigen, die die Arbeiterklasse von den „besseren Plätzen“ der Gesellschaft aus beobachten, im Klassenkampf überhaupt spielen können. Damit sind im Besonderen diejenigen gemeint, die aus der Oberschicht und dem Bildungsbürgertum stammen und einen Großteil derjenigen stellen, die heute in den Sozialwissenschaften und der Publizistik tätig sind. Und damit auch eine gewisse Diskursmacht aufzuweisen haben, wie über die Klassengesellschaft gesprochen wird. Es wäre wünschenswert, ging nicht zuletzt aus dem Vortrag von Alex Demirović hervor, wenn sie an dem Transformationsprozess, den Universität und Gesellschaft so dringend benötigen, mitwirkten. Hierzu reicht es jedoch nicht nur „Das Kapital“ zu lesen und die vermeintlich objektiven Bewegungsgesetze



der Klassengesellschaft auswendig zu lernen. Wie bereits 1932 der marxistische Theoretiker und Vordenker der Frankfurter Schule Karl Korsch bemerkte, ist das Verständnis des Klassenkampfes bei Karl Marx selbst, also bereits seit seiner Entstehung, dadurch gekennzeichnet, dass es auch als praktische Aktion gedacht wird. Es soll ein Reflexionsprozess und Kampf „der vereinigten wirklichen Menschen“ sein, die die revolutionäre Klasse stellen. Klassen und politische Subjekte werden eben in historischen Prozessen erzeugt und sind nicht einfach da.

In der Klassengesellschaft machen die vereinzelt Subjekte verschiedener Schichten äußerst unterschiedliche Erfahrungen, durchlaufen unterschiedliche Sozialisationsprozesse und stehen an unterschiedlichen Orten innerhalb des sozialen Raums der Gesellschaft. Die Stellung zum Produktionsprozess der gesellschaftlichen Güter, egal ob materieller oder kultureller Art, bestimmt jedoch auch heute noch im Wesentlichen die Zugangsmöglichkeiten zu Freizeit, Gesundheit und Bildung. Niemand weiß dies besser als die von Klassismus Betroffenen, deren Eltern oft 40 Stunden pro Woche die Wohnungen von Reichen putzen oder die selbst zwei Nebenjobs nachgehen, um ihr Studium zu finanzieren und zwischen diesen beiden Welten leben. Inklusive aller Verantwortungen, die diese mit sich bringen. Die Erfahrungen innerhalb einer Gesellschaft, deren Vielfalt vor allem in den Ausschlüssen, die sie erzeugt, besteht, divergieren dementsprechend zwischen den gesellschaftlichen Schichten und Gruppen. Der Erfahrungshorizont der Oberschichten qualifiziert sie damit nicht unbedingt besonders für den Klassenkampf und die Bestimmung über dessen Ausrichtung. Egal ob in der Fabrik oder an der Universität. Insofern stellt die Debatte über Klassismus, die übrigens am Wochenende nicht nur unter Betroffenen geführt wurde, sondern an der auch Menschen beteiligt waren, die sich selbstkritisch mit ihrer eigenen sozialen Stellung innerhalb der Klassengesellschaft beschäftigen wollten, vielleicht ein neues Mittel dar, um „den“ Klassenkampf wieder neu zu denken. Der Kontakt, der Konflikt, die Konfrontation und vor allem die Diskussion verschiedener Klassenpositionen, die wohl an keinem Ort so geführt werden könnte, wie dies im gewissermaßen kontingenten Milieu der Universität möglich ist, stellt vielleicht einen Ausgangspunkt für eine solche Praxis, wie sie auch Karl Marx und Karl Korsch vorschwebte, dar. Und müsste nicht jede praktische Aktion zum Umsturz der Klassenverhältnisse damit beginnen, dass sich Menschen verschiedener Klassen mit ihrer sozialen Herkunft und den damit verbundenen Herrschaftsmechanismen und Subjektivierungsformen beschäftigen?

Jedoch, und hierin besteht vermutlich auch die Ablehnung vieler marxistischer Denker*innen gegenüber dem Konzept

des Klassismus, eröffnet dieses bewusst eine Betroffenenperspektive und priorisiert zurecht diejenigen, die unter der Klassenstruktur der Gesellschaft alltäglich leiden. Damit geht, und dies ist die praktische Konsequenz des Klassismusbegriffes, eine Priorisierung der Betroffenen in der Beurteilung über den Reflexionsprozess der Klassenpositionen und der klassistischen Verhaltensmuster einher. Hierdurch geraten klassenspezifische Distinktionsmerkmale der bildungsbürgerlichen Schichten, wie die symbolische Benutzung marxistischen und vermeintlich klassenkämpferischen Vokabulars in Gefahr. Wenn die Diktatur des Proletariats plötzlich nicht mehr eine visionäre Zukunftsvorstellung bleibt, mit der man sich vor den Kommiliton*innen als klassenbewusst brüsten kann, sondern die Betroffenen bestimmen möchten wo es lang geht, zeigen sich dann die bereits oben beschriebenen reaktionären Verhaltensweisen gegenüber denjenigen, die wirklich unter der Klassenstruktur der Gesellschaft leiden und sich auf den Begriff des Klassismus berufen.

In selbiger Manier verweisen viele Marxist*innen immer wieder darauf, dass ein Antidiskriminierungsbüro und Antidiskriminierungsarbeit am Campus den Klassenkampf nicht ersetzen kann. Dies mag aus einer orthodox-marxistischen Perspektive als richtig erscheinen, jedoch wird damit eine bestimmte Vorstellung von Universität reproduziert, die diese außerhalb des Klassenkampfes verortet. Unterschlagen werden dabei die Entwicklungen, die die Klassengesellschaft in den letzten Jahrzehnten erfahren hat und die dazu geführt haben, dass sich heute viele Arbeiter*innenkinder an den Universitäten wiederfinden und dort einerseits, aufgrund vielfältiger Brüche mit dem Herkunftsmilieu und neuer Denk-, und Wahrnehmungsschemata, beginnen aktiv über die Klassengesellschaft zu reflektieren, sich jedoch andererseits auch mit ausschließenden Strukturen und diskriminierenden Verhaltensweisen konfrontiert sehen. Entgegen der Position vieler Marxist*innen machen die Debatten um Klassismus deutlich, dass die Universität kein neutraler Raum außerhalb des Klassenkampfes ist. An den Universitäten wird in weiten Teilen bestimmt, wie über Gesellschaft, Klasse und diskriminierende Strukturen gesprochen wird. Gerade deshalb sind sie ein Schlachtfeld von Kämpfen um materielle Güter, z.B. Studien- und Forschungsfinanzierungen, und um den Zugang zu Diskursen, sowohl hochschulpolitischen als auch wissenschaftlichen, und muss notwendigerweise als Teil des Klassenkampfes gedacht werden. Der Schluss, dass das Gleichstellungsbüro am Klassenkampf nichts ändern würde ist zudem eine Verneinung von dessen materiellen Gehalt. Nicht, dass es die Hoffnung darauf gäbe, dadurch die Klassenstruktur der Universität wirklich abzuschaffen. Jedoch macht es eben für arme und von Klassismus betroffene Studierende einen Unterschied, ob

sie beispielsweise Vergünstigungen beim Mensaeessen bekommen und dadurch am Ende des Monats vielleicht auch noch einmal ins Kino gehen können oder eben nicht. Darüber hinaus stellt ein Gleichstellungsbüro auch eine Anlaufstelle dar und öffnet im besten Fall einen Raum, in dem sich Menschen, die von den universitären Strukturen systematisch diskriminiert werden und dabei auch noch kaum ökonomisches und kulturelles Kapital zur Verfügung haben, gemeinsam organisieren können. Einen Raum, um sich über klassistische Erfahrungen und den oft auch leidvollen Prozess des Studierens, der mit vielen Unsicherheiten verbunden ist, austauschen zu können.

Die Welt, in der wir leben, ist schlecht genug. Sich mit dem alltäglichen Leid derjenigen zu befassen, die unter der Klassenstruktur leiden, diese und deren Interessen an der Universität und anderswo ernst zu nehmen, war und ist die Voraussetzung jeglichen Klassenkampfes und wäre die Aufgabe linker Politik. Ob die Linke diese Aufgabe annehmen kann und wieder zur Klassenbewegung wird, ist eine der zentralen Fragen, die sie für sich beantworten muss. Der Ausgang dieser Frage bedeutet für die von Klassismus Betroffenen vielleicht mehr, als die Linke aktuell selbst zu erahnen weiß. Die Selbstorganisation von Betroffenen unter dem Label des Klassismus ist deshalb vor allem ein Hoffnungsfunkel. Sie zeigt, dass die Klassenbewegung zur Not auch ohne das bildungsbürgerliche linke universitäre Milieu fortschreiten kann und wird.

Florian Meier





BaFöG-Amt an Anwesenheits Uni aufmische



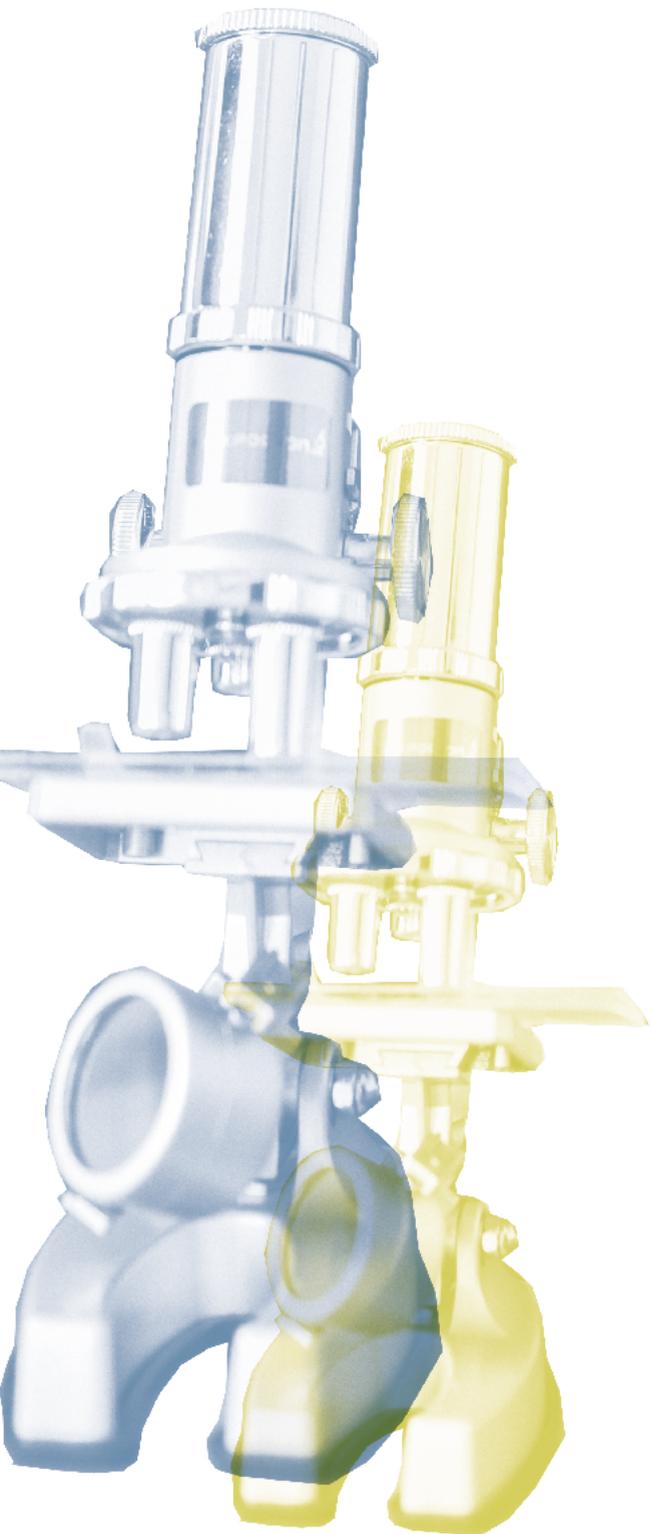
ausbeuten.
liste klauen.
n.

asta 

MLP & Co.

Freiheit in Forschung und Lehre statt
 ›Freiheit von staatlicher Detailsteuerung‹

Die Kooperation der Goethe-Universität mit dem Finanzdienstleister MLP steht symptomatisch für die Liberalisierung der Hochschulen, welche diese zu wirtschaftlichen Akteurinnen macht und den Voraussetzungen für eine freie Forschung und Lehre entgegensteht.



Die Initiative ‚Finanzwende‘ hat kürzlich die Zusammenarbeit der Goethe-Universität mit dem Finanzdienstleister MLP kritisiert.¹ MLP bietet an der Universität Seminare und Workshops, etwa zu Steuerfragen und „Financial Education“ oder Excel-Kurse, an, die von Mitarbeiter*innen des Unternehmens geleitet werden. Diese Seminare haben dann reißerische Titel wie „Mehr Geld – weniger Steuern!“ oder „Gehaltsverhandlungen – Wie bekomme ich, was ich verdiene?“. Kundenwerbung gehört natürlich zum festen Programm dieser Seminare. So werden die Teilnehmenden zum Semesterende dazu aufgefordert, ihre Kontaktdaten für weitere Gespräche zu hinterlassen, Versicherungen bei MLP abzuschließen oder Praktika wahrzunehmen.

Diese Zusammenarbeit ist kein Einzelfall, sondern steht exemplarisch für die enge Kooperation zwischen Goethe-Universität und Wirtschaft. Während Banken Lehrstühle finanzieren und Dozierende etwa für das Modul Finanzmarktethik abstellen, nehmen umgekehrt Lehrende eine beratende Funktion in Unternehmen ein. Auf ihrer Homepage lässt die Goethe-Universität 131 Förderern des House of Finance ihre „größte Wertschätzung“² entgegenkommen, die sich auch in der Benennung der Räumlichkeiten niederschlägt: Im House of Finance lässt es sich nicht nur in Shanghai, Boston und anderen Finanzmetropolen studieren,

sondern auch direkt bei der Credit Suisse, der Deutsche Bank, der DZ Bank oder der Commerzbank.

Partnerschaften dieser Form gehören mittlerweile zum Kerngeschäft der Universitäten. Aldi-Süd-Hörsaal, Sparkassen-Hörsaal, easyCredit-Hörsaal und Fresenius-Medical-Hörsaal: An deutschen Universitäten und Fachhochschulen sind Unternehmen so präsent wie nie. Und obwohl sich die Goethe-Universität in ihrem Leitbild zur „Freiheit und Einheit von Forschung und Lehre“³ bekennt, sieht die Universität augenscheinlich keinen Widerspruch zwischen solchen Partnerschaften und einer freien Forschung und Lehre. Freiheit impliziert immer auch die Unabhängigkeit von äußeren Einflüssen, welche die Universität als Institution überhaupt erst dazu in die Lage versetzt, durch Forschung und Lehre in gesellschaftliche – das heißt auch: ökonomische – Prozesse kritisch zu intervenieren. Dass das House of Finance und die an ihm beheimateten Institute ohne ihre Förderer nicht dazu in der Lage wären, „ihre hohen Ansprüche zu verwirklichen und die Qualität ihrer Arbeit aufrechtzuerhalten“⁴, verrät dagegen schon eine Abhängigkeit, die einer freien Forschung und Lehre geradezu im Wege steht.

Was es tatsächlich mit der Freiheit auf sich hat, der sich die Goethe-Universität verschrieben hat, lässt sich indessen ebenfalls auf der Universitäts-Homepage in



Erfahrung bringen: Gemeint ist weder die Freiheit zur Kritik an gesellschaftlichen Verhältnissen noch die Freiheit von jeglicher äußerer Einflussnahme, sondern die „Freiheit von staatlicher Detailsteuerung“⁵ als notwendige Voraussetzung auf dem Weg zur Exzellenz.

Die Orientierung an der klassisch liberalen Ideologie einer Freiheit von staatlichen Einflüssen macht die Zusammenarbeit mit der Goethe-Universität für andere wirtschaftliche Akteure natürlich unheimlich attraktiv. Daraus resultiert ein Bündnis zwischen Universität und Wirtschaft, das von einer wechselseitigen Abhängigkeit geprägt ist. Auf der einen Seite erhofft sich die Goethe-Universität durch finanzielle Unterstützung aus der Privatwirtschaft „in Zeiten knapper öffentlicher Kassen neue Spielräume für Forschung und Lehre“⁶. Indessen sollte auf der anderen Seite aber klar sein, dass der Universität diese Spielräume von ihren die sogenannten ‚Freunden und Förderern‘ nicht aus völliger Selbstlosigkeit eröffnet werden, sondern aus einem Eigeninteresse heraus. In manchen Fällen, wie etwa bei MLP, mag das ein ganz konkretes Profitinteresse sein. In anderen Fällen kann es darum gehen, auf die Ausrichtung der Forschung Einfluss zu nehmen. In jedem Fall aber ist diese Unterstützung an die Erwartung geknüpft, dass die Universität ihr liberales Leitbild aufrechterhält.

In Wahrheit steht die ‚Freiheit von staatlicher Detailsteuerung‘ der Freiheit von Forschung und Lehre entgegen. Um eine freie Forschung und Lehre zu gewährleisten, wäre es notwendig, die Universität von den finanziellen Sachzwängen zu befreien, die ihre Ausrichtung an wissenschaftlicher Exzellenz bedingen und die Universität selbst zu einer wirtschaftlichen Akteurin machen, die sich um den Erwerb von Drittmitteln zu kümmern hat. Die sogenannte Exzellenzstrategie hat zur Folge, dass der Wettbewerb um knappe Finanzmittel zunimmt, die Grundfinanzierung der Hochschulen durch die Länder zurückgeht und Kettenbefristungen im Mittel- und Unterbau der Hochschulen ausufern.

Seit Jahren werden die Hochschulen und Universitäten unter dem Druck der öffentlichen Finanzierungssysteme zur unternehmerischen Hochschule ausgebaut. Das Ziel ist, Wissen, Bildung und Forschung wirtschaftlich verwertbar zu machen. Durch die chronische Unterfinanzierung bleibt unabhängige und gesellschaftskritische Forschung und Lehre, durch die sich nur schwer Drittmittel generieren lassen, auf der Strecke. Statt einseitiger Exzellenz-Förderung bedürfte es vielmehr einer öffentlichen Ausfinanzierung, um die Voraussetzungen für eine Forschung und Lehre sicherzustellen, die unabhängig von wirtschaftlichen Interessen zu agieren vermag. Für MLP und zahlreiche andere Unternehmen würde das die Kooperation mit Universitäten zwar unattraktiv machen. Zugleich wäre es der einzige Weg, durch den die Universität ihrem Anspruch gerecht werden könnte, als gesellschaftliche Institution zugleich eine kritische Distanz zur Gesellschaft einzunehmen und Wege zu finden, um in gesellschaftliche Verhältnisse zu intervenieren.

AStA

- 1 <https://www.finanzwende.de/kampagnen/finanzvermittler-mlp-runter-vom-campus/>
- 2 <http://www.hof.uni-frankfurt.de/de/about-us/foerderer.html>
- 3 <https://www.uni-frankfurt.de/leitbild/>
- 4 <http://www.hof.uni-frankfurt.de/de/about-us/foerderer.html>
- 5 https://www.stiftung.uni-frankfurt.de/38072349/Informationen_zur_Stiftungsuniversität
- 6 https://www.stiftung.uni-frankfurt.de/38072349/Informationen_zur_Stiftungsuniversität



Mit der Bahn in die Heimat!

Eine Solidarisierung mit den Bewohner*innen des strukturschwachen Nordhessen gegen deutsche Autobahn und deutschen Wald.

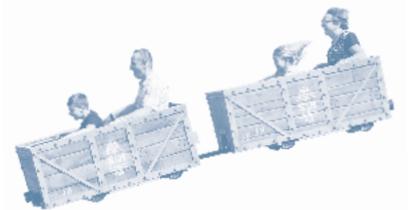
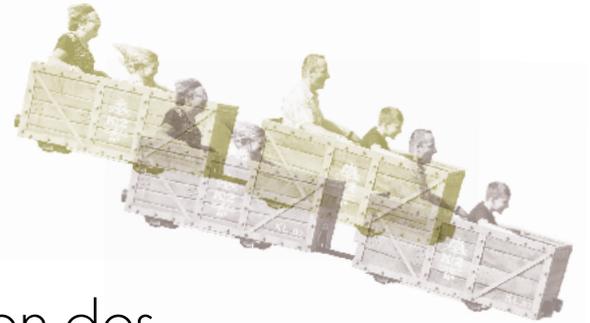
Das Studierendenparlament der Goethe Universität Frankfurt solidarisiert sich mit den Protesten für den Erhalt des sogenannten Dannenröder Walds. Damit macht es sich das Studierendenparlament zu einfach. Denn: Demokratie braucht keinen Wald. Im Gegenteil. Ein geschichtsphilosophischer Kommentar zu einer hochschulpolitischen Kontroverse.

Statt mit den Protesten hätte man sich lieber mit der Abholzung des imaginieren ‚deutschen Amazonas‘⁴ Dannenröder Wald solidarisiert, denn dieser ist neben dem Lebensraum des Kammmolchs auch die Heimat des noch immer im Wald hausenden deutschen Uradels – und: Autobahnen um die angeblich unberührten Naturlandschaften herumzubauen, prolongiert eine Tradition, die von den Baumeistern der deutschen Reichsautobahn begonnen wurde.

Zugleich hätte man sich natürlich auf eine Weise gegen den Autobahnbau stellen müssen, die einer strukturschwachen Gegend wie Nordhessen – reich an Wald und Nazis, arm an kulturellen Annehmlichkeiten (der Autor weiß, wovon er spricht) – nicht zusätzlich zu den Nazis auch noch ihre Autobahnen aufbürdet. Deutscher Wald und deutsche Autobahn kopieren das deutsche Wesen in die Leitdifferenz der kapitalistischen Moderne – die Trennung von Stadt und Land – und stellen ein Haupthindernis der Zivilisierung dieses verkommensten aller Völker

dar. Das strukturschwache Nordhessen bedarf weder Wald noch Autobahn, sondern einer ICE-Trasse nebst S-Bahn-Gleise durch den Dannenröder Forst.

Schon die Germanen nutzen ihre undurchdringlichen Wälder, um das Vordringen der römischen Zivilisation nach Westen aufzuhalten. Diese hatte ihren Aufstieg mit der Entwaldung des Mittelmeerraums begonnen⁵, aber hielt sich nach dem als „Varusschlacht“ in die Geschichte eingegangenen Debakel im germanischen Wald fortan mit Grund von den in den Wäldern hausenden Menschen fern, errichtete einen Wall und gab fortan alle Versuche sie zu zivilisieren auf. Die römische Zivilisation beruhte nicht zuletzt auf der Erfindung des Rads und dem Anlegen von Wegen. Räder aber waren in den teutonischen Wäldern zwar diffus bekannt, aber nicht ordentlich zu benutzen. Die Germanen kletterten bereits Jahrhunderte bevor sie begannen, Jagd auf die zu machen, denen sie unterstellten, keine zu haben, lieber über Wurzeln statt mit Wagen auf der Straße zu fahren.



Auch Marx stellte fest, dass die deutsche Freiheitsgeschichte in den teutonischen Wäldern stattgefunden hätte und deshalb von der Freiheitsgeschichte des Ebers nicht zu unterscheiden sei.⁶ Heute, da man weiß, dass allzuviel Friede in den deutschen Hütten im Zivilisationsbruch endet, kann man allenfalls Marx' Optimismus kritisieren.⁷ Schon immer unterschied sich jedenfalls, wie schon Hermann Göring festgestellt hat, der deutsche vom Rest der Welt durch seine Liebe zu einem – nämlich *seinem* – Wald.⁸ Daran hat sich nichts geändert, seit Wilhelm Heinrich Riehl 1854 feststellte: „Auch wenn wir keines Holzes mehr bedürften, würden wir doch noch den Wald brauchen. Das deutsche Volk bedarf des Waldes wie der Mensch des Weines.“

Die deutsche Autobahn hingegen – „das letzte Freiheitsfeld“ (Ulf Porschardt) des Deutschen – ist das technische Gegenstück des deutschen Waldes. Der Germane wusste schließlich doch das Rad in sein Bewusstsein, das so sehr von seinem Sein im Walde geprägt ist, dass es „Waldbewusstsein“ wurde, zu integrieren: Treffen im deutschen Wald Volksgesundheit, Waldgesundheit, Kampf gegen die „entwurzelte“ Zivilisation sowie deutscher Uradel aufeinander, will der Deutsche auf seinen Autobahnen (für deren Benutzung er am Liebsten alle Nichtdeutschen zur Kasse bitten möchte) vor allem gepanzerte Dieselfahrzeuge mit einem Affenzahn

»Ein Volk muss absterben, wenn es nicht mehr zurückgreifen kann zu den Hintersassen in den Wäldern, um sich bei ihnen neue Kraft des natürlichen, rohen Volksthumes zu holen. [...] Wir müssen den Wald erhalten, nicht bloß damit uns der Ofen im Winter nicht kalt werde, sondern auch damit die Pulse des Volkslebens warm und fröhlich weiter schlagen, damit Deutschland deutsch bleibe.«
(Wilhelm Heinrich Riehl)¹

»Kraftfahrbahn ist und bleibt Straße, Straße ist Bestandteil der Landschaft. Deutsche Landschaft ist charaktervoll. Deutschen Charakter muß auch die Kraftfahrbahn erhalten.« (Fritz Todt)²

»Eine Straße aber muss Bäume haben, wenn anders sie eine deutsche Straße sein soll.« (Alwin Seifert an Fritz Todt)³



1 Zit. nach: Harald Stahl, »Die hohen Bäume und das Unterholz und das Tote« Waldnaturschutz im Nordschwarzwald, Waldbewusstsein und Naturerfahrung. Münster 2019, S. 89.

2 Zit. nach: Thomas Zeller, »Vom Landschaftsgenuss zur Schadensvermeidung: Straßen- und Autobahnlandschaften im historischen Wandel«, in: Landesarchiv Baden-Württemberg (Hrsg.), Kulturlandschaft Autobahn. Die Fotosammlung des Landesamtes für Straßenwesen Baden-Württemberg (Ausstellungskatalog). Stuttgart 2011, S. 18.

3 Zit. nach: ebd., S. 19-20.

4 Vgl.: <https://www.giessener-allgemeine.de/vogelsbergkreis/widerstand-waechst-13082292.html>

5 Vgl. zum generellen Zusammenhang von Entwaldung und Zivilisation: Michael Williams, Deforesting the Earth from Prehistory to Global Crisis. An Abridgment. Chicago 2006. Die Vorstellung eines 'Urwalds' ist ab der Jungsteinzeit ein Phantasma.

6 Karl Marx, »Kritik der Hegelschen Rechtsphilosophie. Einleitung«, in: Karl Marx / Friedrich Engels Werke, Bd. 1, S. 380.

7 So die richtige Schlussfolgerung bei Kerstin Kessler und Ansgar Martins, Art. »Wir sind der Wald. Chronik einer Schreckensvision«, in: Lothar Rudolf (Hrsg.), Antidiotikum. Manifest gegen den alltäglichen Irrsinn. Querformat 2017, S. 53.

8 »Wenn wir [sc. Deutschen] durch den Wald gehen, [...], erfüllt uns der Wald mit [...] einer ungeheuren Freude an Gottes herrlicher Natur. Das unterscheidet uns von jenem Volke, das sich auserwählt dünkt und das, wenn es durch den Wald schreitet, nur den Festmeter berechnen kann.« (Hermann Göring); Quelle: https://de.m.wikipedia.org/wiki/Deutscher_Wald

9 Ebd. Vgl. auch: <https://www.sueddeutsche.de/bayern/autobahnruinen-in-franken-hitlers-geruempel-im-wald-1.2074806>

10 Thomas Zeller, »Vom Landschaftsgenuss zur Schadensvermeidung: Straßen- und Autobahnlandschaften im historischen Wandel«, S. 13.

11 Adorno schreibt: »In Deutschland scheinen zum Beispiel alte nationalsozialistische Zentren wie Nordhessen, wo es bereits in den 80er Jahren des vorigen Jahrhunderts eine wilde antisemitische Bewegung gab, oder wie Nordbayern besonders anfällig zu sein.« (Theodor W. Adorno, Aspekte des neuen Rechtsradikalismus, Berlin 2019, S. 25)

12 Vgl.: Kessler/Martins, S. 52.



durch deutsche Waldlandschaften jagen: Das wussten schon die Planer der deutschen Reichsautobahn, die diese so errichteten, dass „die ‚Erfahrbarkeit‘ der deutschen (Wald-)Landschaften betont“⁹ ward: „Die landschaftsnahe Autofahrt war dazu gedacht, Natur und Kultur aufzuwerten. Wenn von Natur und Kultur die Rede war, war die Nation nicht weit: Die Mobilitätslandschaften verkörperten dem Anspruch ihrer Gestalter zufolge spezifisch deutsche oder andere nationale Werte“.¹⁰

Das deutsche Waldbewusstsein und das deutsche Autobahnbewusstsein sind historisch und systematisch aufs engste verknüpft. Um die Bewohner*innen des strukturschwachen Nordhessen (Waldgebiet und altes wie auch neues nationalsozialistisches Zentrum¹¹) weder als „rohes Volkstum“ im Wald veröden noch an der Präponderanz von Individualverkehr, unkontrollierter Raserei und anderen Begleiterscheinungen der deutschen Autobahn geistig verheeren zu lassen, wäre das Studierendenparlament (schon im Interesse einer nachhaltigen studentischen Mobilität) besser beraten, eine ICE-Trasse nebst S-Bahngleisen im Gebiet nicht eines imaginierten „deutschen Urwalds“, den Siegfried Kracauer in den 20er Jahren bereits ein „Wachsfigurenkabinett“¹² nannte, sondern des forstwirtschaftlich genutzten Grundbesitzes der Freiherren Schenck zu Schweinsbergs zu fordern.

Die Corona-Leugner*innen



und die »zweite Welle«

In der vorletzten Ausgabe der AStA-Zeitung haben wir, die Initiative Aufklärung statt Verschwörungsideologien, einen längeren Artikel zu Strukturen und Ideologien der Corona-Leugner*innen-Szene in Frankfurt veröffentlicht. Dabei konnte nur die »erste Welle« der Proteste aus dem Frühjahr und Sommer erfasst werden. Mit diesem Artikel wollen wir an dieser Stelle ansetzen und die Entwicklung der rechtsoffenen Mischszene seit dem Sommer analysieren.

„Im Falle einer zweiten Welle der Pandemie mit erneuten Einschränkungen des alltäglichen Lebens könnte es auch zu einem neuen Aufkommen der verschwörungsideologischen ‚Protest‘-Kundgebungen kommen“. – Unsere Einschätzung aus unserem letzten Artikel in der AStA-Zeitung hat sich nun also bewahrheitet. Insbesondere durch die Großaktionen in Berlin und Leipzig, bei denen es zu Ausschreitungen und Angriffen auf Linke und Journalist*innen kam, ist die Corona-Leugner*innen-Szene in aller Munde. Das Gewaltpotential der Szene steigt merklich, auch ein Brandanschlag auf das Robert-Koch-Institut zeugt davon. Wovor Antifaschist*innen bereits im Sommer warnten, ist inzwischen auch bei den Sicherheitsbehörden angekommen: Der baden-württembergische Verfassungsschutz stuft die Querdenken-Szene inzwischen als Beobachtungsobjekt ein. Die Konsequenz einer solchen Einstufung ist allerdings fraglich. Die Erfahrung zeigt, dass derartige nachrichtendienstliche Beobachtungen im Zweifelsfall eher

dazu führen, dass rechte Milieus über V-Leute mit Geldern aus der Staatskasse versorgt werden, welche nicht selten den Aufbau und die Radikalisierung von Strukturen begünstigt, als dass diese in ihrem Wirkungspotential eingeschränkt würden.

Dass die Corona-Leugner*innen-Szene zu mehreren Aktionen bundesweit Zehntausende mobilisieren konnte, hängt auch eng mit der rasanten Professionalisierung der Szene zusammen. Und mit der Marke Querdenken, die ihren Ursprung im Frühjahr in Baden-Württemberg genommen hat.

Querdenken und mobilisierbare Deutsche

Mit der Gruppe Querdenken711 gründet sich in Stuttgart bereits im April 2020 eine äußerst professionell auftretende Gruppierung im Spektrum der Corona-Leugner*innen. Seit Anbeginn eine der wichtigsten Personen ist dabei der schwäbische IT-Unternehmer Michael Ballweg. In Stuttgart schafft es Querdenken711

innerhalb kurzer Zeit, bis zu 18.000 Menschen zu ihren Kundgebungen auf dem Volksfestgelände Cannstatter Wasen zu mobilisieren. Es ist überwiegend ein gut situiertes, bürgerliches Publikum aus dem ganzen Südwesten, das zu Querdenken711 aufläuft. Deutschlandweit gilt Stuttgart damit als einzigartiges Phänomen in dieser frühen Phase der Proteste der Corona-Leugner*innen. Viele Beobachter*innen waren von der Mobilisierbarkeit schwäbischer Kleinbürger*innen überrascht.

Auch Zentrum Automobil, eine AfD-nahe extrem rechte „Pseudogewerkschaft“, mischt seit Beginn der Querdenken-Kundgebungen in Stuttgart mit. Zahlreiche Funktionäre der Gruppierung, die in verschiedenen Daimler-Werken in Stuttgart extrem rechte Betriebsratslisten aufstellt, haben eine Vergangenheit in der neonazistischen Szene. So auch der Vorsitzende Oliver Hilburger, der in der Nazirock-Band „Noie Werte“ spielte. Insgesamt stellt sich Zentrum Automobil als neofaschistische Scheingewerkschaft dar. Am Rande einer Querdenken-Kundgebung kommt es zu einem Angriff auf Vertreter der extrem rechten Gruppierung. Zusammen mit anderen Gegenaktionen sorgt dies dafür, dass Querdenken711 vorerst keine Großkundgebungen mehr in Stuttgart abhält. Doch die Szene ist keineswegs inaktiv, Michael Ballweg kandidiert im Herbst sogar bei den Stuttgarter Oberbürgermeister*in-Wahlen. Doch lediglich 2,6 Prozent der Stimmen entfallen auf Ballweg.

Querdenken als Professionalisierungsstrategie

Auch wenn die Stuttgarter Querdenken-Gruppe im Sommer zunächst stagniert, läuft im Juni und Juli im Hintergrund

eines bundesweite Kraftanstrengung: Die Formel aus „Querdenken“ und der Telefonvorwahl des jeweiligen Ortes soll nach Ballwegs Willen zum bundesweit bestimmenden Vertriebssystem nach Franchise-Art der Corona-Leugner*innen-Proteste ausgebaut werden. Die großen Mobilisierungserfolge sollen aus Stuttgart auf andere Städte übertragen werden. Bei einem überregionalen Vernetzungstreffen am 17. Juli trifft sich Ballweg unter anderem mit Hajo Köhn, ehemaliger Attac- und Occupy-Aktivist und nun Protagonist der Frankfurter Corona-Leugner*innen-Szene.

Mit tatkräftiger Unterstützung aus dem Südwesten wird so auch Querdenken69 in Frankfurt aufgebaut. Damit ist auch ein Umdenken im Konzept der Proteste inbegriffen: Stand noch im Frühjahr und Sommer der allwöchentlichen, maskenfreie „Hygiene-Spaziergang“ durch die Innenstadt – teilweise chaotisch geplant und mit unterschiedlichen, parallelen Aufrufen, im Vordergrund – so fokussieren sich die über die letzten Monate etablierten Querdenken-Gruppen auf professionelles Auftreten, Großevents im Abstand einiger Wochen und bundesweite Vernetzung. Ein gemeinsames Corporate Design sowie ein Pool von Redner*innen und Musiker*innen sorgen dafür, dass die Querdenken-Kundgebungen überall ähnlich im Stil von ungezwungenen kleinen Festivals ablaufen. In Frankfurt finden derartige Aktionen ab dem Spätsommer etwa ein Mal pro Monat statt: Am 15. August auf dem Roßmarkt, am 19. September im Grüneburgpark, am 24. Oktober auf dem Goetheplatz.

Mit einem professionell auftretenden Organisations-Team, das aus Personen besteht, welche bislang nicht oder kaum politisch in Erscheinung getreten sind, schafft es die Frankfurter Querdenken-Ortsgruppe in kurzer Zeit, die eigenen Events zum Anlaufpunkt für Corona-Leugner*innen aus ganz (Süd-)Hessen werden zu lassen. Die Ortsgruppe verfügt über enorme Ressourcen und leistet sich schon auf Kundgebungen mit 500 Teilnehmenden LED-Wände und äußerst professionelles Veranstaltungsequipment. Zudem wurden die bundesweit mobilisierten Großaktionen in Berlin am 1. und 29. August sowie am 18. November, in Leipzig am 7. November, sowie die Aktionen in Konstanz und am Bodensee am 3./4. Oktober unterstützt. Auch wenn das Frankfurter Orga-Team nach moderate Positionen vertritt, sich seriös und ansprechbar gibt und keinen erkennbaren Kontakt zur extremen Rechten hält, wird nach und nach die Radikalisierung des Milieus auch dort spürbar. So vertritt die Sprecherin Malin Singh in einem Interview in der Frankfurter Rundschau Anfang November die Ansicht, die rechten Ausschreitungen in Leipzig seien ein erfreuliches Ergebnis des Corona-Leugner*innen-Aktionstags. Singh offenbart damit, dass sie kein Problem mit einem

marodierenden Mob von Nazi-Hools hat. Auch auf Twitter zeigt sich ihre Offenheit für extrem rechte Ideologeme: In ihren Tweets raunt Singh vom angeblichen Fehlen eines Friedensvertrag und einer Verfassung. Damit bedient sie zahlreiche Themen der Reichsbürgerideologie.

Angesichts schwacher Mobilisierungskraft für kontinuierliche wöchentliche Proteste und dem Scheitern spontaner Versammlungen wie Flashmobs hat die Szene mit dem Querdenken-Franchise ein für ihre Bedürfnisse nahezu perfektes Format gefunden: Großveranstaltungen im Abstand einiger Wochen, abgestimmt mit den Nachbarinitiativen wie Querdenken615 in Darmstadt und geprägt von professionellem Eventmanagement mit Bühnen- und Soundtechnik, eigenem Merchandise und sechsstündigem Programm. Diese Veranstaltungen haben regelrecht Messe-Charakter: An Ständen können Bücher gekauft werden, Autogrammstunden finden statt. Und am Rande wird, etwa mit gefälschten George-Soros-Zitaten oder dem Geraune, Guido Westerwelle sei vom Mossad gesteuert worden, immer wieder offener Antisemitismus verbreitet.

Radikalisierung ohne Ende?

Im Herbst radikalisiert sich das Milieu der Corona-Leugner*innen schneller als von vielen Beobachter*innen erwartet. Auch Querdenken selbst scheint von dieser Radikalisierung vielfach überrascht und überfordert. So ziehen zahlreiche Querdenken-Gruppen ihre Unterstützung für die bundesweite Mobilisierung am 18. November nach Berlin zurück. An diesem Tag sind es schließlich AfD-Abgeordnete, die extrem rechte MedienaktivistInnen Zutritt zum Bundestag verschaffen. Unter ihnen ist auch Thorsten Schulte, der noch am 19. September auf der Querdenken69-Kundgebung im Frankfurter Grüneburgpark gesprochen hatte. Nun pöbelt er gemeinsam mit anderen extremen rechten AkteurInnen im Deutschen Bundestag Abgeordnete an. Auch die massiven Ausschreitungen in Leipzig am 7. November führen zu nachträglichen, zaghaften Distanzierungen; zuvor hatte Michael Ballweg noch massive Mobilisierungen von AfD, NPD, Jungen Nationalisten (JN) und der neonazistischen Kleinpartei Der III. Weg zum Querdenken-Protest nicht weiter kommentiert und schulterzuckend zur Kenntnis genommen.

Hinzu kommt, dass die professionalisierte Herangehensweise des Querdenken-Franchises zu straffen Hierarchien und autoritärem Führungsstil führt. In Frankfurt entlud sich dies spätestens in den Vorbereitungen zur Demonstration am 14. November. Die Ortsgruppe Querdenken69 wollte hier erstmals mit einem Demonstrationszug durch die Stadt ziehen, wurde aber bereits im Bahnhofsviertel von Antifaschist*innen blockiert und zum Abbruch gezwungen. Zu der Demonstration hatte Querdenken69 gemeinsam

mit der recht jungen Gruppierung Eltern stehen auf sowie den bereits länger aktiven Gruppen Widerstand 4.0 und Main-Frankfurt Verbindet aufgerufen. Doch im Organisationskomitee wurden Streitigkeiten immer offener, schließlich sogar öffentlich, ausgetragen. Dies gipfelte im Ausschluss der Vertreterin von Widerstand 4.0 aus dem Organisationskomitee. Der Zwist lag dabei auch in ideologischen Differenzen begründet: Während Widerstand 4.0 eher aus alt-linken, sektiererischen 5G-Gegner*innen besteht, sind bei Querdenken69 neoliberale TechnokratInnen aktiv. Auch in den Vorbereitungen der Demonstration am 12. Dezember treten diese Differenzen deutlich zutage. Die Mobilisierung setzt auf antisemitische Codes: Der Virus komme nicht aus Wuhan, sondern aus den Bankentürmen Frankfurts, von wo aus freilich die Strippen gezogen würden und die Pandemie eingefädelt worden sei. Antisemitismus fungiert wie so oft als Bindeglied unterschiedlicher Verschwörungserzählungen.

Wie weiter mit Querdenken?

Bei den bundesweiten Großmobilisierungen an Silvester nach Berlin oder am 19. Dezember nach Leipzig spielt Querdenken als Akteur nur noch eine untergeordnete Rolle. Es bleibt abzuwarten, ob damit bereits das Ende des Querdenken-Franchises als dominantem Akteur der Corona-Leugner*innen eingeläutet ist und nun erneut eine Phase verschiedener, konkurrierender Gruppierungen bevorsteht. Neben wöchentlichen „Spaziergängen“ und monatlichen Demonstrationen gibt es schließlich eine immer größer werdende Reihe weiterer Angebote für Corona-Leugner*innen: Etwa Bus-Touren bekannter Gesichter der Szene, YouTube-Streams und nicht enden wollende Telegram-Chatgruppen. Das Geschäft mit den Corona-Leugner*innen brummt, überall werden T-Shirts, Bücher, oder gleich esoterische Quatschprodukte angeboten.

Eins scheint jedoch sicher: Das Milieu wird nicht verschwinden. Die Vernetzung, die hier aufgebaut wurde, wird wohl auch nach der Pandemie bestehen bleiben, wenngleich dann möglicherweise mit einem neuen Thema. Das bedeutet auch, dass Antworten auf die Virulenz von Verschwörungsideologien breiter diskutiert werden müssen, und nicht nur bezogen auf die CoViD-19-Pandemie.

Initiative Aufklärung statt
Verschwörung



Was ist der AStA?



Der AStA, was für den komplizierten Begriff Allgemeiner Studierendenausschuss steht, ist deine zentrale Studierendenvertretung. Sie wird einmal im Jahr durch das Studierendenparlament (kurz: StuPa) gewählt, welches wiederum von allen Studierenden der Goethe-Uni jährlich im Februar gewählt wird. Der AStA ist die Exekutive der Studierendenschaft und vertritt die studentischen Interessen sowohl innerhalb der Hochschule als auch gegenüber hochschulexternen Organisationen (z.B. RMV, Studentenwerk (sic!)). Des Weiteren steht er als Ansprechpartner für Fragen und Probleme zur Verfügung, die über fachliche Angelegenheiten eines Studiengangs hinausgehen.

Geleitet wird der AStA vom Vorstandskollektiv, das aus bis zu 6 Mitgliedern besteht. Der Vorstand ist die zentrale Schaltstelle des AStAs. Er kümmert sich um die Einstellung der Mitarbeiter*innen und die Ernennung der Referent*innen, regelt die Finanzen und Förderanträge, und trifft sich mindestens einmal im Monat mit dem Unipräsidium oder anderen Vertreter*innen der Uni-Leitung zum Austausch und Kritik üben.

Das Vorstandskollektiv beruft zur Bearbeitung bestimmter Themengebiete Referent*innen. Innerhalb dieser Referate wird inhaltlich an verschiedenen Projekten und Veranstaltungen gearbeitet, Vernetzungsarbeit in und um die Uni betrieben, oder Beratung für die Belange von Studierenden angeboten.

Zusätzlich zum Vorstand und den themenspezifischen Referaten des AStAs gibt es vom AStA unabhängig arbeitende, autonome Referate: Autonomes Ausländer*innenreferat, Autonomes Inklusionsreferat, Autonomes Frauen*Lesben-Referat, Autonomes Schwulenreferat und Autonomes Hilfskräftereferat.

Was macht der AStA?

Über das ganze Semester macht der AStA selbst oder in Kooperation mit verschiedenen Initiativen Bildungsveranstaltungen zu den unterschiedlichsten Themen. Infos zu den Veranstaltungen findest du auf dem AStA-Terminkalender¹ oder auf der Facebookseite des AStAs. Zudem bieten wir euch eine Vielzahl kultureller Veranstaltungen. Jedes Semester schmeißt der AStA eine große Semesterstartparty und ein Sommerfest. Während des Semesters gibt es Konzerte, Partys und regelmäßige Barabende.

Die Infrastruktur für die meisten dieser Veranstaltungen bietet das vom AStA betriebene Café KoZ im Studierendenhaus auf dem Campus Bockenheim. Hier könnt ihr an mehreren Tagen die Woche günstig Kaffee, Limo und Bier trinken, euch treffen, abhängen oder lernen. Das Café KoZ bietet außerdem regelmäßig Barabende und Veranstaltungen jeglicher Art an, z.B. Pub Quizzes, Karaoke oder Poetry Slams².

Die inhaltliche Arbeit des AStAs machen die Referate. Welche Projekte genau gerade in Planung sind, erfährst du auf der nächsten Seite. Welche in der letzten Zeit umgesetzt wurden, kannst du auf S. 9–10 nachlesen.

Jedes Semester veröffentlicht der AStA das Alternative Vorlesungsverzeichnis (AVV). Die dort aufgelisteten Autonomen Tutorien und Lesekreise sind nicht nur deswegen besonders, weil Themen behandelt werden, die in der Uni verdrängt werden oder zu kurz kommen, sondern weil sie von Studierenden selbst angeboten werden.

Zusätzlich gibt der AStA noch die AStA Zeitung heraus. Diese ist für dich als Student vollkommen kostenlos und kommt sogar zu dir nach Hause. Hier können zu einem

festgelegten Thema vier Mal im Jahr Studis, Initiativen, und viele mehr ihre Texte, Interviews, Gedichte, Geschichten oder Bilder veröffentlichen. Wenn du eine Idee hast oder schon immer mal was in einer Zeitung mit einer Auflage von 45.000 Stück veröffentlichen wolltest, der nächste Call kommt bestimmt!

Wie unterstützt mich der AStA?

Der AStA bietet euch Beratungen rund um Themen wie Bafög, Wohnen, Mobilität und Recht an. Das gesamte Beratungsangebot des AStA findest du auf S. 11–12

Der AStA unterstützt Initiativen und studentische Projekte strukturell und finanziell. Du kannst über uns Räume oder Technik für Veranstaltungen buchen oder Gelder beantragen, um ein Projekt oder eine Veranstaltung auf die Beine zu stellen. Bei den Projekten sind keine Grenzen gesetzt, ob Theateraufführungen, Konzerte, Vorträge, Partys, Kunstausstellungen oder Podiumsdiskussionen, deine Idee ist immer willkommen.

Im Studierendenhaus auf dem Campus Bockenheim findet ihr die Büroräume des AStAs sowie unser Sekretariat. In dem Gebäude gibt es, neben Gruppenräumen der Hochschulgruppen und der Autonomen Referate, verschiedene Räume mit unterschiedlicher Nutzung. So finden hier Beratungen oder Plena statt, aber auch Partys, Vorträge oder andere Veranstaltungen wie das Universitätskino Pupille. Die vier so genannten K-Räume können jederzeit für Lerngruppen oder ähnliche Zwecke an der Pforte des Studierendenhaus gebucht werden.



Selbstverständnis

Auch wenn der AStA euch viele verschiedene (Beratungs-)Angebote liefert und es seine Aufgabe ist, die Studierenden zu vertreten, so hat der AStA auch eine gesetzliche Aufgabe zur politischen Bildung und der Ausbildung von demokratischem Grundverständnis. AStA-Arbeit ist demnach immer politisch. Die Politik, die wir an der Uni, aber auch in kommunalen und landespolitischen Zusammenhängen vertreten, ist emanzipatorisch, antifaschistisch, antirassistisch, feministisch und antisexistisch, und antikapitalistisch.

Dabei beziehen wir uns nicht nur auf die Hochschule, denn gesamtgesellschaftliche politische Themen machen nicht vor den Toren der Universität halt. Auch an der Uni gibt es neu-rechte, rassistische und antifeministische Diskurse, genauso wie in allen anderen Institutionen und Teilen der Gesellschaft auch. Eine politische Auseinandersetzung mit diesen Themen muss also auch immer über die Uni hinaus gehen.

Einer der Hauptschwerpunkte unserer politischen Arbeit ist die Aufarbeitung des National-sozialismus und die Auseinandersetzung mit der neuen Rechten. An einer Uni wie der Goethe Uni, die am historisch belasteten IG Farben Campus residiert und gleichzeitig Alma Mater und Arbeitgeberin des Auschwitz-Arzt Josef Mengele war, ist eine Auseinandersetzung und Aufarbeitung von Antisemitismus elementar. Auch in der jüngeren Vergangenheit wurde die Uni häufiger das Ziel für politische Interventionen von rechts. Der AStA hat dazu unter anderem einen Reader zu Burschenschaften³ veröffentlicht und ist Mitherausgeber der Broschüre zur Neuen Rechten⁴. Der Ausbau der historischen Aufarbeitung und Sichtbarmachung der NS-Verbrechen am IG Farben Campus ist einer der Hauptschwerpunkte der politischen AStA-Arbeit.

Der Kampf gegen Sexismus und Antifeminismus an der Universität und in der Gesellschaft ist ein weiterer Schwerpunkt unserer Arbeit. Hierbei geht es nicht nur darum, konkrete Vorfälle von Sexismus an der Uni aufzuarbeiten, sondern auch die Einschränkung der Geschlechterforschung und den Backlash gegen feministische Professor*innen und deren Lehre kritisch zu beobachten und zu begleiten. Aus diesem Grund haben wir den Reader zu Anti-feminismus an der Hochschule herausgegeben⁵. Wir verteidigen das Recht auf körperliche Selbstbestimmung und fordern die Abschaffung der Paragraphen 218 und 219. Wir unterstützen das Bünd-

nis für körperliche Selbstbestimmung, die eine ganz tolle Info-Broschüre veröffentlicht haben⁶.

Weder eine Auseinandersetzung mit der neuen Rechten, noch der Kampf gegen Sexismus und Antifeminismus sind von einer Kritik an den ökonomischen Verhältnissen zu trennen. Diese Kritik ist aus unserer Sicht für eine Thematisierung der Klimakrise in ihrer Abhängigkeit zu den kapitalistischen Produktionsverhältnissen besonders wichtig. Darauf richten sich auch unsere Kampagnen- und Bündnisarbeit, die wir gemeinsam mit verschiedenen Gruppen und Akteur*innen an der Universität und der Stadt organisieren. Die Durchdringung der Gesellschaft durch die ökonomischen Verhältnisse macht auch vor der Universität nicht halt. Der AStA und viele andere progressive Basis- und Theoriegruppen kritisieren seit langem die neoliberale Umgestaltung der Hochschule. Teil dieser Kritik ist die Forderung nach einem Tarifvertrag für Hilfskräfte, aber auch der Kampf gegen Kommodifizierung und Ökonomisierung von Forschung und Lehre, sowie die Kritik an der Zurichtung von Studierenden auf ihre Funktion als Ware Arbeitskraft und der zunehmenden Wettbewerbsorientierung der Universität. Hierzu finden regelmäßig Informationsveranstaltungen und Vorträge statt.

Vorstellung der AStA Referate

Hochschulpolitik:

Als Hochschulpolitik-Referat des AStA kümmern wir uns um die hochschul- und stadtpolitische Bündnisarbeit, um Gremien an der Uni und um das Auftreten gegenüber der Landespolitik. Dabei wollen wir eine radikale Demokratisierung vorantreiben, selbstverwaltete Räume schaffen und uns für eine kritische Wissenschaft und gegen prekäre Arbeitsbedingungen einsetzen.

► hopo@asta-frankfurt.de

Politische Bildung:

Im universitären Lehrbetrieb gibt es zunehmend weniger unabhängige, gesellschaftskritische Lehrangebote – Bildung wird auf die zweckgerichtete Vorbereitung der zukünftigen Berufslaufbahn reduziert.

Das Referat für politische Bildung organisiert deshalb regelmäßig Veranstaltungen, Vorträge, Diskussionen und Ausstellungen zu verschiedensten politischen Themen. Dadurch wird zum einen die Aus-

einandersetzung mit zentralen politischen Problemfeldern, sowie Austausch und Diskussion über aktuelle Debatten an der Universität ermöglicht; zum anderen die Vernetzung von Student*innen, die an politischer Arbeit an der Hochschule (und darüber hinaus) interessiert sind.

Die Arbeit des Referats bestand in den vergangenen Semestern beispielsweise darin, die Erstellung des Autonomen Vorlesungsverzeichnisses, das jedes Semester in Zusammenarbeit mit anderen Studierendenvertretungen angeboten wird, zu koordinieren. Außerdem wurden kostenlose Reader zu hochschulrelevanten und politischen Themen wie zuletzt Antifeminismus konzipiert und gedruckt.

Dabei kooperieren die Referent*innen sowohl mit anderen Studierendenvertretungen, als auch mit politische Initiativen außerhalb der Hochschule und versuchen diese mit in die Arbeit am Campus einzubinden.

Politische Bildungsarbeit an der Hochschule leistet damit einen zentralen Beitrag zur Stärkung politischer Strukturen an der Uni und arbeitet gegen eine Entpolitisierung des alltäglichen Lebens, das dort stattfindet.

► polbil@asta-frankfurt.de

Verkehr:

Wir vom Verkehrsreferat kümmern uns um eure Anfragen rund um das Semesterticket, dessen Gültigkeitsbereich und Möglichkeiten der Rückerstattung. Da unser Semesterticket bekanntlich etwas teurer als das anderer Universitäten ist, setzen wir uns anhaltend für Preissenkungen ein. Andererseits geht der Gültigkeitsbereich sogar über die Landesgrenzen hinaus und das wollen wir noch weiter ausbauen, um möglichst vielen Studierenden zu ermöglichen, mit dem Semesterticket in ihre Heimatstädte fahren zu können. Daher stehen wir immer wieder im Kontakt mit den Verkehrsunternehmen und verhandeln mit diesen. Des Weiteren stehen wir in einem engen Austausch mit den Politiker*innen im Römer bezüglich geplanter Verkehrs- und Mobilitätspolitik. Darüber sind wir auch an der Planung und Umsetzung der U5-Verlängerung beteiligt. Ein weiteres fortwährendes Ziel ist es, den Weg zur U-Bahnhaltestelle Holzhausenstraße sicherer zu machen. Außerdem sind wir derzeit um Vorteile für Studierende für den Gebrauch von Leih- und Lastenfahrrädern bemüht.

► verkehr@asta-frankfurt.de



Ökologie:

Das Ökologie Referat des AStA tritt für die studentischen Belange im Themenbereich Ökologie ein. In erster Linie versuchen wir die Goethe-Universität als Institution und Betrieb zu ökologisch und sozial verträglicherem Handeln zu bewegen und dies in politischen Leitlinien festzuhalten. Auf dieser Ebene unterstützen wir die Forderung nach einem koordinierenden, planenden und handelnden Nachhaltigkeitsbüro, das die Universität zukunftsfähig und tragbar macht. Außerdem ist uns die Sensibilisierung aller Beteiligten an der GU für Klimagerechtigkeit und ökologisches Handeln sehr wichtig. Hierbei unterstützen wir studentische Initiativen an der GU, vernetzen uns mit Akteuren innerhalb der Universität sowie außerhalb mit zivilgesellschaftlichen Akteuren, planen Veranstaltungen und führen diese durch. Gleichzeitig wohnen wir verschiedenen universitären Gremien bei und stärken auch innerhalb des AStA in Zusammenarbeit mit den anderen Referaten das Thema Ökologie.

➤ oekologie@asta-frankfurt.de

Fachschaften:

Die Fachschaften sind die direkteste Vertretung studentischer Interessen an der Uni. Ihre Arbeit bezieht sich unmittelbar auf die Anliegen von Studierenden im eigenen Fachbereich. Die Fachschaften kennen die individuellen Probleme von Studierenden und setzen sich in den Fachbereichen hartnäckig für die Verbesserung unserer Studienbedingungen ein.

Diese wichtige Arbeit unterstützt der AStA mit dem Referat für Fachschaftenkoordination. Das Referat hilft den Fachschaften in ihrer Selbstorganisation, sorgt für die Vernetzung mit dem AStA und anderen Fachschaften und trägt die Interessen der einzelnen Fachbereiche in die Arbeit des AStA. Das Referat unterstützt darüber hinaus auch die freien studentischen Initiativen und Gruppen, die sich in den einzelnen Fachbereichen gegründet haben.

➤ fachschaften@asta-frankfurt.de

Studienbedingungen:

Es gibt Probleme – und zwar mehr, als es auf den ersten Blick scheint – die alle Studierenden der Goethe Universität mit dem Studium gemeinsam haben.

Das Referat für Studienbedingungen ist für genau diese Anliegen da: Es unterstützt Studis aller Fächer, sich zusammen

für ein besseres Studium einzusetzen. Das fängt bei besseren Betreuungsverhältnissen an und hört bei mehr Räumen zum Lernen und Austauschen oder einer besseren Ausstattung der Bibliotheken längst nicht auf.

In dieser Funktion arbeitet das Referat für Studienbedingungen mit verschiedenen anderen AStA-Referaten und sonstigen Stellen der Universität zusammen. Bei Problemen im Studium, die sich um unsere zentralen Belange als Studierende drehen, kann das Referat also weiterhelfen und bei Bedarf weitere Kontakte vermitteln.

➤ studienbedingungen@asta-frankfurt.de

Kultur:

Das Referat für Kultur engagiert sich für studentisches Leben außerhalb des Hörsaals und ist seit Jahren für das Sommerfest und die Semesterstartparty verantwortlich.

Ob Poetry-Slams, Jam-Sessions im Koz, Lesungen oder Ausstellungen – das Referat für Kultur plant und unterstützt diverse Veranstaltungen im Kulturbereich aus dem AStA heraus.

Allen Student*innen soll Zugang zu Kultur- und Freizeitmöglichkeiten gewährt sein. Darüber hinaus werden sichere und offene Anlauforte fernab von überbelegten Kommerzveranstaltungen ermöglicht.

Durch die Pandemie ertasten wir Online-Projekte und wollen vermehrt studentische Ideen fördern. Falls ihr eine solche habt wendet euch gerne an uns über:

➤ kultur@asta-frankfurt.de

Soziales:

Das Sozialreferat koordiniert und organisiert das Sozialberatungsangebot des AStA, welches in Kooperation mit dem DGB CampusOffice bei den verschiedensten Anliegen weiterhilft: Ob finanzielle Schwierigkeiten, Ärger mit dem BAföG Amt oder Stress im Studium, die sieben ausgebildeten Berater*innen können weiterhelfen und kennen passende weitere Anlaufstellen. Mehr zum Beratungsangebot findest du auf S. 13: Beratungsangebote.

➤ soziales@asta-frankfurt.de

Feminismus:

Das Referat für Feminismus ist im Vergleich zu anderen ein sehr junges Referat, da es erst im Mai 2018 gegründet

wurde. Aktuell besteht das Fem*Referat aus fünf Studierenden, die alle aus verschiedenen Studiengängen kommen und sowohl in Hochschulgruppen als auch in autonomen Kreisen vertreten sind. Durch unterschiedliche Schwerpunkte steht das Feminismus Referat stellvertretend für alle Studierenden, und möchte Feminismus aus unterschiedlichen Perspektiven und Richtungen beleuchten.

Das Feminismus Referat wird sich dafür einsetzen, trotz der Covid-19 Einschränkungen und gegebenen Hürden, Studierenden ein breites Spektrum an feministischen Theorien aus diversen Lebensbereichen zu Verfügung zu stellen. Für Anregungen, Hilfestellung und Vermittlung sind wir immer offen und Ansprechbar!

➤ feminismus@asta-frankfurt.de

Internationales:

Das Referat für Internationales wurde dieses Jahr wieder eingeführt, um spezifisch die Studienbedingungen von Internationale Studierende zu verbessern. Wir wollen strukturelle Ungleichbehandlungen abschaffen, in dem wir uns z.B. dafür einsetzen, Bewerbungsgebühren für internationale Studierende abzuschaffen und ungerechtfertigte Quotierungen in Studierendenwohnheime neu zu behandeln. Wir beantworten auch konkrete Anfragen zu persönlichen Anliegen von internationalen Studierenden und versuchen dadurch, bürokratische Hindernisse abzubauen. Gerne könnt ihr uns kontaktieren:

➤ international@asta-frankfurt.de

Wohnraum:

Man braucht kaum darauf hinzuweisen, dass in Frankfurt und Umgebung ein massiver Mangel an bezahlbarem Wohnraum besteht. Dieses Problem trifft uns Studierende keineswegs allein, die Verdrängung all jener Menschen, die sich die horrenden Mieten im überhitzten und von Finanzspekulationen zerstörten Wohnungsmarkt nicht mehr leisten können, ist uns bewusst. Die momentanen Strategien im Sozialen Wohnungsbau und die Angebote des Studentenwerkes ändern hieran wenig. Auf die nun mehr 80.000 Studierenden im Rhein-Main-Gebiet kommen lediglich knapp 3000 Wohnheimsplätzen. Das reicht uns nicht!

Als Wohnraumreferat des AStAs der Goethe-Universität setzen wir uns dafür ein, langfristig Verbesserungen für die Situation der Student*innen zu erreichen.

Wir arbeiten mit einer Vielzahl an wohnungspolitischen Initiativen in Frankfurt konsequent zusammen und suchen das Gespräch mit den Entscheidern auf Stadtebene.

Da der Frankfurter Wohnungsmarkt jedoch ungeachtet aller Initiativen auch in den nächsten Jahren Student*innen vor enorme Herausforderungen stellen wird, stehen wir außerdem als direkte Ansprechpartner für euch zur Verfügung. Wir wollen euch unterstützen, sei es bei Problemen mit Vermieter*innen oder wenn ihr selbst wohnraumpolitisch aktiv werden wollt.

➤ feminismus@asta-frankfurt.de

Finanzen:

Das Finanzreferat wurde mit der Legislatur 2019/2020 gegründet. Es ist für die interne Organisation aller AStA-relevanten Ausgaben zuständig und Ansprechpartner*in für alle anderen Referent*innen des AStAs. Außerdem ist das Finanzreferat maßgeblich an der Erstellung der Haushalte und Nachtragshaushalte des AStAs beteiligt.

➤ finanzen@asta-frankfurt.de

Zeitung:

Das Zeitungsreferat besteht aus drei Referent*innen und stellt die Redaktion der regelmäßig erscheinenden AStA-Zeitung. Ebenso übernimmt dieses Referat auch die Erstellung der jährlichen Wahlausgabe mit Präsentation der Hochschulgruppen zu den Studierendenparlaments-Wahlen.

➤ zeitung@asta-frankfurt.de

Wie funktioniert demokratische Mitbestimmung an der Uni?

Hochschulwahlen:

Jedes Jahr im Februar finden Wahlen der Studierenden in die Fachbereichs- und Fachschaftsräte und zum Studierendenparlament statt. Alle zwei Jahre werden zusätzlich studentische Mitglieder im Senat gewählt.

Deine Stimme kannst du entweder vor Ort an der Wahlurne, oder schon vorher per Briefwahl abgeben. So kannst du dein demokratisches Grundrecht zur Mitbestimmung ausüben und mitentscheiden, welche Hochschulgruppe dich im Studierendenparlament vertreten soll, welche Fachschaftsliste deinen Fachbereich repräsentieren wird und welche studentischen Mitglieder am Senat partizipiert.

Senat:

Der Senat ist das Parlament der Gesamt-Universität. Er besteht aus Professor*innen, wissenschaftlichen und administrativ-technischen Mitarbeiter*innen und Studierenden. Auch oder gerade weil Professor*innen im Senat die absolute Mehrheit haben, ist die studentische Partizipation dort bitter notwendig. Studierende können Senatsabläufe beispielsweise kritisch begleiten, Fragen stellen und Öffentlichkeitsarbeit machen. Mit einigen wenigen gewerkschafts- und studierendennahen Professor*innen kann sogar konstruktiv zusammengearbeitet werden.

Fachschaftsräte:

Der Fachschaftsrat (FSR) setzt sich aus gewählten studentischen Vertreter*innen aus den jeweiligen Fachschaften zusammen. An jedem Fachbereich haben die jeweiligen FSR Einfluss auf die Verteilung der Lehrmittel, Berufungen von Professor*innen, Haushalte der Fachbereiche und Lehrinhalte. Der Fachschaftsrat kann auch deine erste Anlaufstelle bei Problemen mit deinem Fachbereich oder bei Stress mit Professor*innen sein. Eine Übersicht über die verschiedenen Fachschaften findest du auf den Seiten 21–22: Fachschaften.

Fachbereichsräte:

Auch im Fachbereichsrat (FBR) sind die Professor*innen zahlenmäßig überlegen, trotzdem können Studierende im Fachbereichsrat die entscheidende Stimme sein, zum Beispiel wenn sich die Professor*innen nicht untereinander einig sind oder die Verlängerung von Seniorprofessuren beschlossen werden soll.

Studierendenparlament:

Das Studierendenparlament (StuPa) der Goethe-Universität ist das höchste beschlussfassende Gremium der verfassten Studierendenschaft. Hochschulgruppen⁷, die zur Wahl antreten, erhalten gemessen an der Anzahl der Stimmen Sitze im Studierendenparlament. Das StuPa besteht aus insgesamt 25 Sitzen. Alle Hochschulgruppen können Anträge zur Diskussion und Abstimmung einbringen. Diese werden dann auf den regelmäßigen Sitzungen des Studierendenparlaments zur Abstimmung gestellt. Das Studierendenparlament wählt außerdem jährlich den AStA-Vorstand, welcher dann die verschiedenen Referent*innen beruft und den studentischen Haushalt verwaltet. Genauer zum AStA findest du auf den Seiten 3–4: Was ist der AStA? und Seiten 5–6: Vorstellung der AStA Referate.



- 1 <https://asta-frankfurt.de/termine>
- 2 Aktuelles und Veranstaltungsankündigungen findet ihr hier: <https://www.facebook.com/CafeKoZ>
- 3 asta-frankfurt.de/aktuelles/autoritaer-elitaer-reaktionaer
- 4 asta-frankfurt.de/aktuelles/zum-umgang-mit-neuen-rechten-hochschule
- 5 asta-frankfurt.de/mitmachen/campussexismus/feindbild-emanzipation-antifeminismus-hochschule
- 6 bfksffm.files.wordpress.com/2018/06/howtoabtreibungindeutschland.pdf
- 7 asta-frankfurt.de/hochschulgruppen

ASTa

Allgemeiner Studierendenausschuss der Universität Frankfurt am Main

im Studierendenhaus Bockenheimer,
Mertonstraße 26–28, 60325 Frankfurt
Tel 069 798–23181
Fax 069 7020–39
e-mail info@asta-frankfurt.de
asta-frankfurt.de

Sekretariat Regine Nicoleit

im Studierendenhaus, Raum B2
Corona-Öffnungszeiten
Mo, Di, Do 10–12:30 Uhr
13:30–15 Uhr
Tel 069 798–23181
Fax 069 7020–39
e-mail info@asta-frankfurt.de

BERATUNG & HILFE

ASTa-Sozialberatung

derzeit nur online! Terminvereinbarung
für ein Telefon- oder Videogespräch über
soziales@asta-frankfurt.de

ASTa-Mietrechtsberatung

Immer Donnerstags 16–18 Uhr
im ASTa Haus (Random White House)
IG-Farben Campus; www.mhm-ffm.de

DGB Campus Office -

Arbeitsrechtliche Anfangsberatung

derzeit nur online! Terminvereinbarung
für ein Telefon- oder Videogespräch über
campusoffice@asta-frankfurt.de

Fördermöglichkeiten

für Studierende mit Behinderung

www.barrierefrei-studieren.de

Studentischer Projektrat

projektratunifrankfurt.wordpress.com
e-mail Projektrat.unifrankfurt@gmx.de

Wohnraum gesucht! — wohnraum-gesucht.de

Nightline Frankfurt

Mo, Mi, Fr 20–0 Uhr
Tel 069 798–17238
e-mail info@nightlineffm.com
nightlineffm.com

Goethe Law Clinic

Im Seminarraum 1 des ESG Gebäudes auf dem
IG Farben Campus; Offene Sprechstunde
Fr 10–12 Uhr

Psychoziale Beratung des Studenten[sic!]werkes

Im Beratungszentrum IG Farben Campus,
Hörsaalzentrum; Offene Sprechstunde
Di, Do 15–17 Uhr
Tel 069 798–34905
e-mail psychosozialberatung@
studentenwerkfrankfurt.de

ASTa Awareness Struktur

e-mail awareness@asta-frankfurt.de
awareness.blogspot.eu

AUTONOME REFERATE

Autonomes AusländerInnenreferat

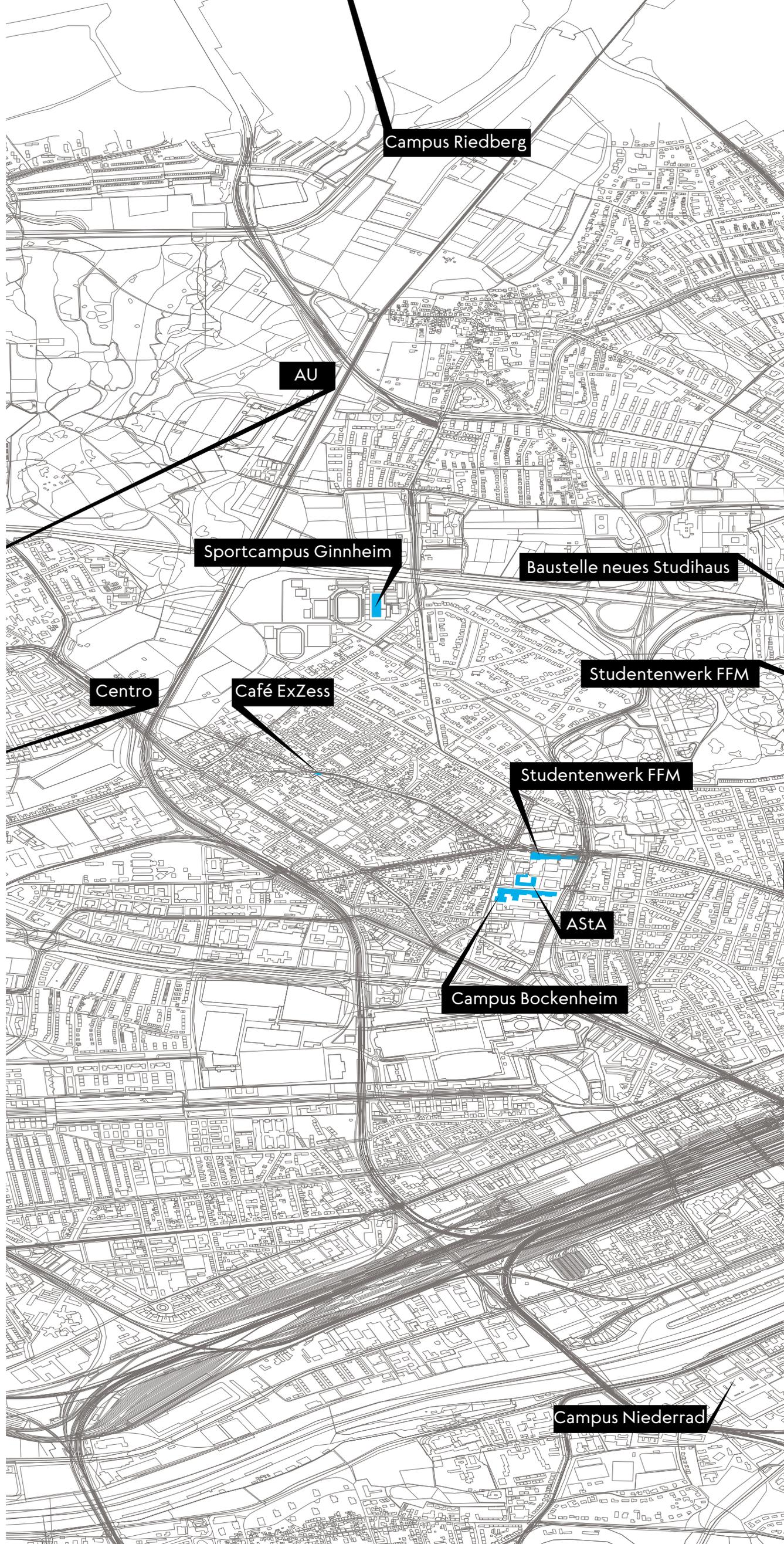
Tel 069 79 82 52 36
e-mail alrf@stud.uni-frankfurt.de

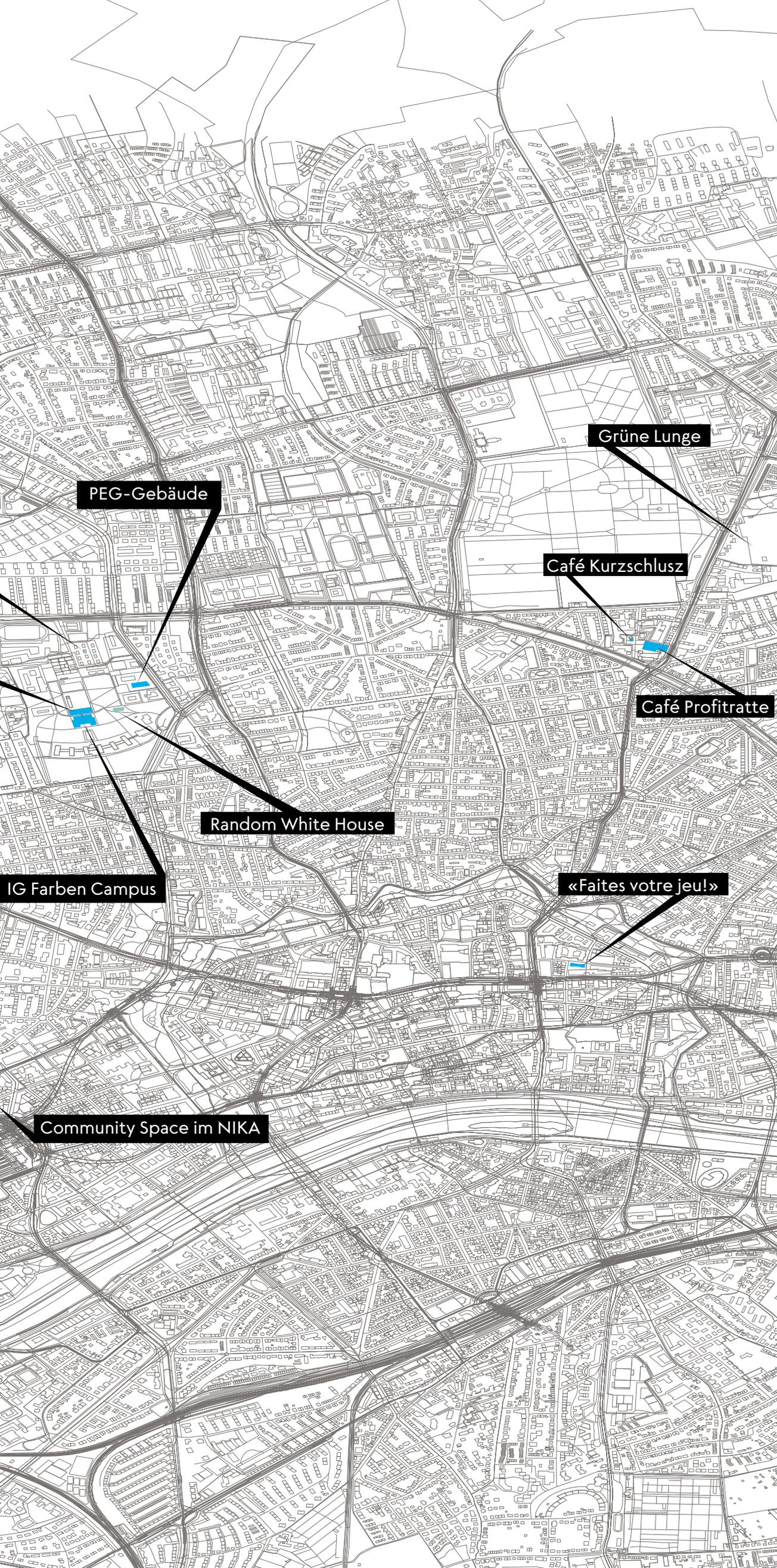
Autonomes Frauen*Lesben-Referat

http://aflr.blogspot.de / aflr@riseup.net
Tel 069-798 230 95

Autonomes queerfeministisches Schwulenreferat

www.fs-gu.de
uni.frankfurterschwule@gmail.com
Tel 069 79 82 30 52





Autonomes Inklusionsreferat
inklusionunifrankfurt@gmail.com

Autonomes Elternreferat
Tel 0152 23 53 53 51 – eltern@asta-frankfurt.de

UNI-INITIATIVEN

Students for Future Frankfurt – twitter.com/sff_ffm

Initiative Studierender am IG-Farben Campus
initiativestudierenderamigfarbencampus.wordpress.de

Initiative Kritische Ökonomik
kritische-oekonomik.de

Halkyonische Assoziation
für radikale Philosophie, www.harp.tf

AK Kritische Jurist_innen der Uni Frankfurt
facebook.com/akjffm – akj-frankfurt@gmx.de

Hilfskraftinitiative Frankfurt
hilfskraftini-ffm@lists.riseup.net

Academic Experience Worldwide
www.aeworldwide.de

Goethe's Green Office – goethesgreenoffice.org

UTV – facebook.com/utvfrankfurt
youtube.com/utvfrankfurt

Unter_bau – Hochschulgewerkschaft, unterbau.org

SELBSTVERWALTETEN RÄUME DER UNIS

Random White House
randomwhitehouse@riseup.net

Philo-Café, IG 2.451

Café KOZ Mertonstr. 26, im Studierendenhaus

Café Profitratte Gleimstraße 2, FH Frankfurt

Campus Trinkhalle am IG Farben Campus

Café Kurzschluss, Kleiststr. 5, Rotes Haus, FH Fr.

Café Anna Blume, IG Ø.155

TuCa, PEG 1.G 208, IG Farben Campus

Fachschaftscafé Jura & WiWi
RuW 1.127, IG Farben Campus

STADTPOLITISCHE INITIATIVEN

Project Shelter – www.projectshelter.net

Stadt für Alle – www.stadt-fuer-alle.net

Offenes Haus der Kulturen – Initiative für die
Nachnutzung des Studierendenhauses Bocken-
heim als selbstverwaltetes Zentrum, ohdk.de)

Initiative Social Hub – Initiative für ein
Stadtteilzentrum in Bockenheim, social-hub.cc

AUTONOME ZENTREN

IVI – Institut für vergleichende Irrelevanz
zur Zeit ohne Wohnsitz — www.ivi.copyriot.com

«Faites votre jeu!» im ehemaligen Polizei-
gefängnis »Klapperfeld« Klapperfeldstraße 5,
60313 Frankfurt, — www.klapperfeld.de

Café ExZess Leipziger Straße 91,
60487 Frankfurt — www.cafe-exzess.tk

AU in der Au 14-16, 60489 Frankfurt
www.au-frankfurt.org

Community Space im NIKA Im Community
Space des Hausprojektes NIKA sind regelmäßig
Veranstaltungen und Ausstellungen.
Niddastraße 57, 60329 Frankfurt am Main

Grüne Lunge am Günthersburgpark, Bedrohte
Gartenanlage mit politischen & alternativen
Projekten. Schlinkenweg 60389 Frankfurt a. M.

Pupille e.V. – Kino in der Uni
jeweils um 20:15 Uhr, Eintritt 3€,
Campus Bockenheim, www.pupille.org

Campusradio DauerWelle – radiodauerwelle.de

Centro – Soziales Zentrum, Alt-Rödelheim 6

Call for Papers

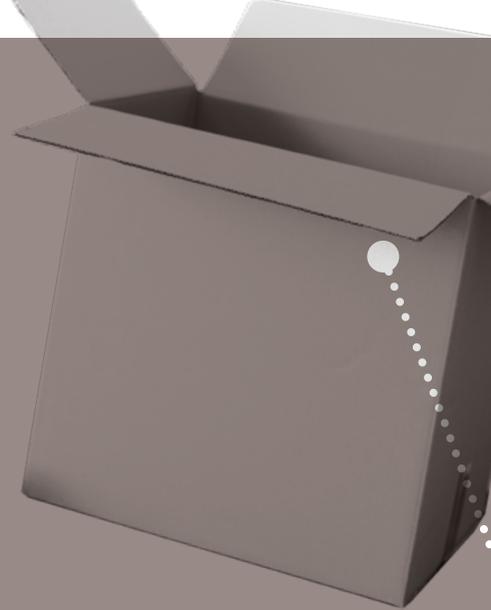
»»Wem gehört die Stadt?««

Nächste Ausgabe:

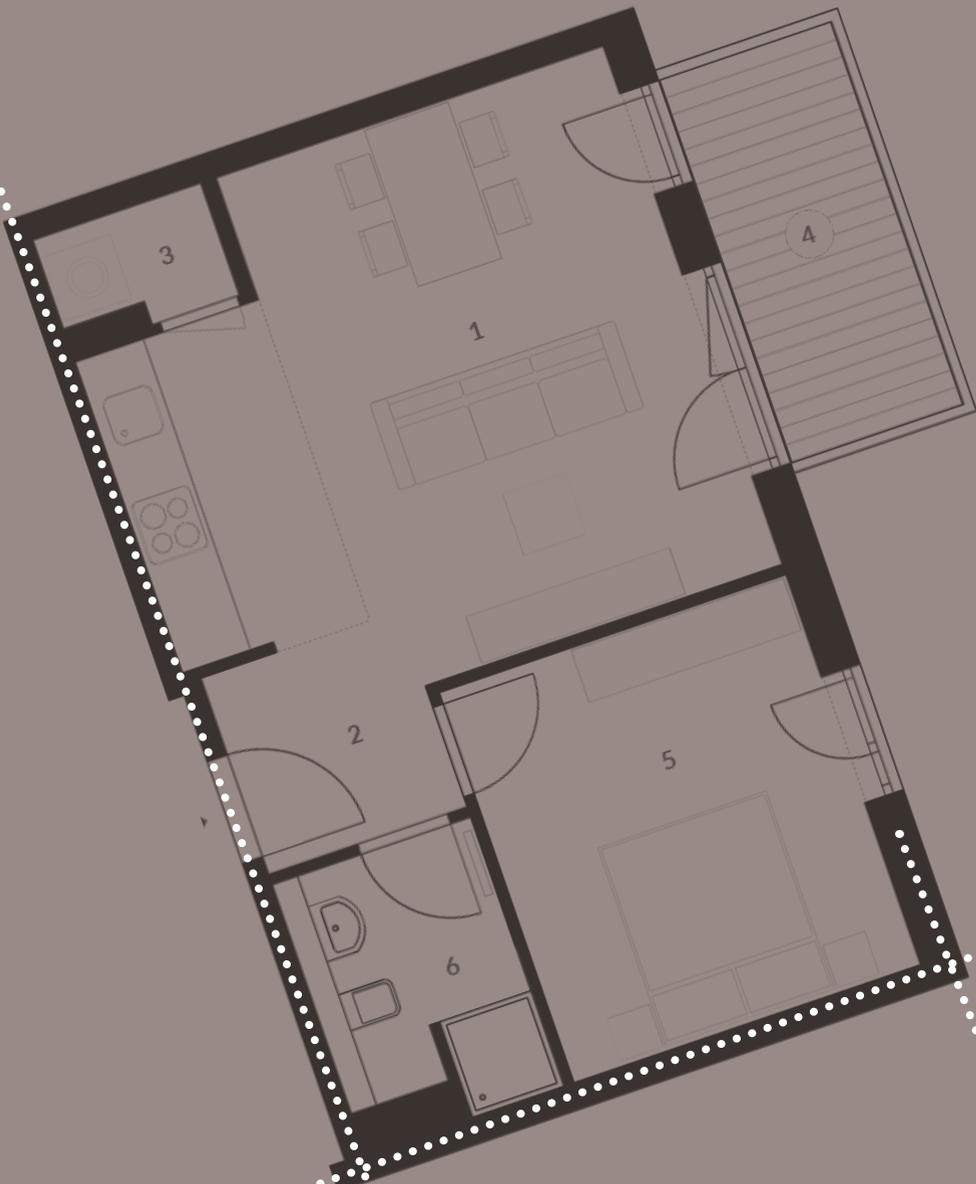
Die nächste Ausgabe wird sich dem Thema »Wohnraum« widmen und den Titel »Wem gehört die Stadt?« tragen.

In Kürze werdet ihr dafür den Call auf unserer Website sowie auf den Social-Media Kanälen des AStAs finden.

<https://asta-frankfurt.de/astazeitung/basisinformation>



Bitte beachtet dabei die Beschränkung
auf 8.000 Zeichen. Eure Beiträge
sowie Fragen könnt ihr uns per Mail an
zeitung@asta-frankfurt.de schicken.



Thema der nächsten Ausgabe:

**»Wem gehört
die Stadt?«**